

DER Offizier

Ausgabe 2/2024 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



Herr General
„Hilfe!“
uns fehlen
tausende Kader-
und Milizsoldaten

Positionen der im Nationalrat
vertretenen Parteien

Militärkommando Tirol

Umfassende Landesverteidigung

Das Gebot der Stunde:
Nachhaltige Attraktivierung
des Soldatenberufes



WÄCHTER

Du, glückliches Österreich, ...

Das Austrian Foreign Policy Panel Project (AFP3) der Universität Innsbruck untersucht in Kooperation mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten die Einstellung von Österreicherinnen und Österreichern zur Außen- und Sicherheitspolitik* und kommt zu dramatischen Erkenntnissen, die eigentlich aus Geheimhaltungsgründen unter Verschluss zu halten wären. So geben zum Beispiel 72 Prozent der Befragten an, dass sie erwarten, dass andere EU-Staaten Österreich militärisch verteidigen werden, wenn uns jemand angreift, aber nur knapp 14 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Österreich einem anderen EU-Mitgliedsstaat im Fall eines Angriffs mit bewaffneten Truppen beistehen solle. In einem Forum einer österreichischen Tageszeitung wird das von einem Leser sehr treffend kommentiert: „Solidarität auf österreichisch: Brennt mein Haus, soll mein Nachbar löschen. Aber brennt dessen Haus, dann schau ich zu.“ Es kommt allerdings noch schlimmer: Nur 14,21 Prozent würden ihr Haus selbst löschen, ach nein, es sollte heißen, ihre Heimat mit der Waffe verteidigen. Da drängt sich wirklich die Frage auf: Was läuft schief in diesem Land oder wann sind wir wo falsch abgeboten?

/ Gut, wollen wir einmal annehmen, dass es sich im Ernstfall (hoffentlich) anders, also besser, darstellt, sonst wären diese Haltungen doch sehr bedenklich. Mit diesem Wissen, das hier so bedenkenlos veröffentlicht wird, wird natürlich auch die österreichische Politik für eine potenzielle Einflussnahme von außen kalkulierbar, denn man weiß ja nun offiziell, dass sich dieser Staat und sein Volk im Moment mehrheitlich nicht wehren wollen. Warum also sollte man dann die Vorstellungen und Intentionen eines Staates berücksichtigen? Von wegen Abhaltungswirkung!? Nein, nein, ich will nicht schwarzmalen, wir haben ja die Neutralität und wir haben uns ja aus freien Stücken dazu verpflichtet, diese mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Ich bin mir zwar sicher, damit war nicht gemeint, dass Anhänger

des gewaltlosen Widerstandes dem Angreifer entgegenlaufen, um ihm eine Blume in den Lauf seines Gewehrs zu stecken. Auch bin ich mir sicher, dass die nun allgegenwärtigen Drohnen die weiße Fahne, die auf Empfehlung des Papstes gehisst werden soll, ehrerbietig akzeptieren und ihre tödliche Fracht zum Pflügen der Äcker verwenden werden, wie es von den Schwertern erwartet wird, die man zu Pflugscharen umschmieden möchte. Nein, Halt mit dem Sarkasmus und zurück zu einem positiven Ansatz, um den beschämenden Status der österreichischen Wehrbereitschaft zu verbessern: Hier müssen allerdings ein paar Grundwahrheiten akzeptiert werden, die von einer verantwortungsvollen Bildung entsprechend zu vermitteln wären.

/ Beginnen wir einmal damit, dass es nirgends auf der Welt einen dauerhaften Frieden in Freiheit gibt! Der Mensch und die Zusammenfassung von Menschen in Betrieben oder Staaten unterliegen dem ewigen Wettstreit um Macht und Ressourcen. Das anzuerkennen, ist eine Voraussetzung dafür, daraus ableitend vernünftige Strategien und Konzepte zu produzieren, die auf der Realität aufbauen, wie die Welt ist, und nicht auf naiv-utopischen Vorstellungen davon, wie die Welt sein sollte. Wenn die Unterstützung eines ums Überleben kämpfenden Staates als Kriegstreiberei bezeichnet werden kann oder wenn die Überlegungen, sich gegen Luftangriffe schützen zu wollen, als sinnlose Aufrüstung bezeichnet werden kann, dann ist das Unverständnis und das Fehlen einer sachgerechten Diskussion evident. Es wird Zeit, dass sich die Politik traut, Dinge, wie zum Beispiel das Herstellen einer Verteidigungsfähigkeit, beim Namen zu nennen, ohne sich vor der Reaktion von Pazifisten und Trollen zu fürchten. Aber solange man in Österreich ohne Widerspruch die Neutralität als funktionierendes Verteidigungskonzept darstellen kann und das auch geglaubt wird, weil man nichts anderes je gehört hat, wird es weiterhin dramatische Erkenntnisse geben und es wird nur die Hoffnung bleiben, dass die Insel der Seligen nicht untergeht. ✕

* DASHBOARD DES AUSTRIAN FOREIGN POLICY PANEL PROJECTS (AFP3), <https://afp3.at/>

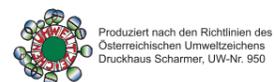
Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 Positionen der im Nationalrat vertretenen Parteien zur militärischen Landesverteidigung und zum Bundesheer
- 11 Strategischer Kompass der EU
- 13 Die engagierte Neutralität in unsicheren Zeiten
- 16 Das Militärkommando Tirol
- 21 Die Umfassende Landesverteidigung – das Sicherheitskonzept der Republik Österreich
- 24 Fehlerkultur
- 28 Kurzmeldungen (Studie der Universität Innsbruck, Rüstungskonzerne im Aufwind)
- 29 Was steckt hinter der Trump-Aussage über die NATO?

DER OFFIZIER
Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511
Chefredakteur: Generalmajor i. R. Hon. Univ.-Prof. (NKE) Dr. mult. Harald Pöcher, offizier.redaktion@oeog.at
Erscheinungsort: Wien
Marketing: marketing@oeog.at
Hersteller: TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck
Druck: druckhaus scharmer GmbH, 8280 Fürstenfeld, Flurstraße 67
Fotos: gem. Einzelnachweis

Namentlich gezeichnete Beiträge und Ausführungen des „Wächters“ müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken.

Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:
 Die Zeitschrift befindet sich zu 100 Prozent im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der OOG bestimmt und bezweckt Informationen in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



Produziert nach den Richtlinien des Österreichischen Umweltzeichens Druckhaus Scharmer, UW-Nr. 950

Vorwort

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser,

Während die Kämpfe in der Ukraine einem neuen und möglicherweise entscheidenden Höhepunkt und einer gefährlichen Eskalationsschwelle zustreben, beginnt in Österreich nach der EU-Wahl der Wahlkampf für die Nationalratswahl im Herbst Fahrt aufzunehmen. Der aktuellen Ausgabe des Offiziers können Sie zu Ihrer Orientierung die Positionen der im Nationalrat vertretenen Parteien zu ausgewählten Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik entnehmen. Man darf nach der Wahl im Zuge der Koalitionsgespräche gespannt sein, wie viele dieser Positionen sich in einem Arbeitsübereinkommen der neuen Bundesregierung wiederfinden werden.

/ Ein Problem, welches das Bundesheer schon geraume Zeit belastet, hat die neue Bundesregierung in jedem Fall zu lösen, nämlich das gravierende Fehl an Aktiv- und Milizkader, da, wie Der Offizier schon mehrfach berichtet hat, vor allem der ohnehin sehr kleinen Einsatzorganisation von 55.000 Personen tausende Offiziere und Unteroffiziere fehlen. Ein nicht unwesentlicher Grund dafür ist sicher die nicht mehr praktizierte Einberufung von Offizieren und Unteroffizieren zu verpflichtenden Truppenübungen. Dieses Problem wurde bislang von allen Ressortverantwortlichen eher heruntergespielt, da es nicht mit einer Weisung leicht zu lösen ist. Das Zauberwort heißt „Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes Soldatin oder Soldat“. Zur Herstellung einer möglichst hohen Attraktivität ist es erforderlich, dass der Soldatenberuf in der Gesellschaft höchstes Ansehen genießt, eine gute Bezahlung des Soldatenberufes ohne Neid durch andere Berufsgruppen akzeptiert wird und die militärische Landesverteidigung in allen Bevölkerungsschichten ernst genommen wird, was aufgrund der letzten Umfragen nicht mehr der Fall ist. Mit der Wiederbelebung der Umfassenden Landesverteidigung kann dazu aber ein positiver Impuls gesetzt werden, und es sollte wieder an eine vormilitärische Jugenderziehung, abgestimmt auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, gedacht werden.

Einen erholsamen Sommer wünscht

**Ihr Chefredakteur
Harald Pöcher**

Brief des Präsidenten

Das Recht des Stärkeren



© OÖG/FOTOSTUDIO WILKE

Im Juni werden an den Schulen die Zeugnisse verteilt und dann geht es für die Schüler in die Sommerferien. Das erinnert mich an meine Volksschulzeit in den frühen 1970er-Jahren, als ich eine reine Bubenschule in Wien-Favoriten besuchte. Die Hackordnung am Hühnerhof inspirierte den österreichischen Psychiater Raoul Schindler zur Entwicklung des rangdynamischen Positionsmodells. Er hätte aber auch in meine oder eine andere Schulklasse schauen können, um zu beobachten, dass es innerhalb von Gruppen immer wieder zu Rankämpfen kommt. Damals wie heute werden diese Kämpfe vor, in und nach der Schule meist verbal, aber auch häufig handfest ausgeführt.

Als die ersten Gastarbeiterkinder aus Jugoslawien in den Unterricht kamen, wurde die bezogene Ordnung durcheinandergewirbelt, die „new kids on the block“ sorgten für eine neue Gruppendynamik. Ich habe damals gelernt, dass Ordnung einem steten Wandel unterliegt und dass Recht haben nicht genügt. Man muss sein Recht auch durchsetzen können. Dazu sind Allianzen und Cliques sehr wichtig. Und wer bei der Gruppenbildung abseits steht, hat die schlechtesten Karten.

Der geopolitische Schulhof

Vor den beiden Weltkriegen beherrschten die europäischen Herrscherhäuser die ganze Welt. Der Familienstreit unter verschwägerten Königen, Kaisern und Zaren zerstörte die alte, „gottgegebene“ Ordnung der Welt. Europa hat seine geopolitische Vormachtstellung verloren und die USA waren der

aufsteigende Star. Im ideologischen Wettstreit mit der UdSSR entstanden zwei Blöcke, und ähnlich dem Schulhof war es opportun, sich der einen oder anderen Clique anzuschließen. Österreich erklärte – als Preis für den Abzug der Sowjet-Truppen – seine militärische Neutralität. Politisch war aber die West-Orientierung eine Basis für unser Selbstverständnis.

Trotz der Gefahren des Kalten Krieges etablierten die Großmächte eine normenbasierte Weltordnung, die den Schrecken des Krieges bannen sollte. Die Gründung der UNO, die allgemeinen Menschenrechte und das Kriegsverbot im Völkerrecht konnten einen Kalten Frieden sichern. Und mit dem Zerfall der UdSSR schien die Bipolarität überwunden und der ewige Friede möglich. Der Hegemon USA wirkte als Garant für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Bürger- und Menschenrechte und Wohlstand für jedermann. Doch diese Phase der unipolaren „Pax Americana“ ist vorbei.

Multipolarität und neue Instabilität

Die Säulen der Nachkriegsordnung galten im „Westen“, der neuerdings eher als „globaler Norden“ bezeichnet wird, als zivilisatorische Errungenschaften, die eine Einhegung des Krieges bewirken konnten. So wird ja auch die EU immer wieder als „Friedensprojekt“ bezeichnet. Politikwissenschaftlich ist das ein idealistischer

Ansatz, der das brutale Recht des Stärkeren überwinden möchte. Übersehen wurde aber vielleicht, dass der „globale Süden“ diese Errungenschaften auch bevormundend empfunden hat. Und große Länder wie China, Indien, Russland, der Iran, Südafrika, Brasilien oder auch die Türkei wollen nicht länger als Regionalmächte, sondern als Verhandlungspartner auf Augenhöhe angesehen werden. Der realistische Ansatz der Politikwissenschaft gesteht diesen Akteuren eigenstaatliche Interessen zu und versteht daher die gegenwärtige Weltlage als multipolar.

Der größte Akteur ist die Volksrepublik China, die 2049 ihr 100-jähriges Bestehen feiern wird. Bis dahin möchte China die Weltmacht Nummer 1 sein und die Vorherrschaft der USA beenden. Peking möchte damit beweisen, dass die Kombination aus staatsgesteuerter Marktwirtschaft und autoritärer Gesellschaftspolitik der westlichen Demokratie überlegen ist.

Russland imitiert im Inneren nur noch sehr oberflächlich eine demokratische und rechtsstaatliche Verfasstheit. In seiner Außenpolitik hat es durch die Invasion in der Ukraine unter Beweis gestellt, dass es das völkerrechtliche Gewaltverbot nicht länger anerkennt und auch nicht bereit ist, Verträge einzuhalten, wenn diese nicht mehr den eigenen Interessen entsprechen. (Zur Erinnerung: Im Budapester Memorandum vom 5. Dezember 1994 garantierte Russland der Ukraine die Souveränität in den bestehenden Grenzen und das UN-Gewaltverbot im Gegenzug zur Übergabe der Atomwaffen der Ukraine an Russland.)

Ableitungen für die Zukunft

Es kann als höchst unwahrscheinlich angesehen werden, dass die gegenwärtigen geopolitischen Spannungen nachlassen und eine Rückkehr zur friedlichen Koexistenz der multipolaren Akteure erfolgt, da dies einfach nicht den jeweiligen Interessen der Staaten entspricht. Angesichts dieser Lage wirkt die UNO zahnlos und durch Veto-Rechte in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt. Das Recht des Stärkeren ist wieder in die internationale Arena eingezogen. Nicht umsonst warnen Sicherheitsexperten und verantwortungsvolle Politiker vor der Gefahr einer Ausbreitung der Kriegsschauplätze und einer Eskalation der Weltlage.

Auch in Österreich wird bei zahlreichen Konferenzen davon gesprochen, dass der Ernst der Lage nicht ausreichend in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Worin besteht dieser Ernst? Offensichtlich haben starke Player den USA die Gefolgschaft aufgekündigt und stellen selbst einen globalen Führungsanspruch. Umstürze in der Hackordnung erfolgen jedoch in der Regel nicht friedlich – wie schon der Schulhof lehrt. Und natürlich geht es um die Frage, wer verbündet sich mit wem.

Aus der amerikanischen Perspektive ist die Herausforderung durch China eine größere Bedrohung als die russische Landnahme in Europa. Das Hauptaugenmerk richtet sich daher auf den indopazifischen Raum und unabhängig vom Ausgang der US-Präsidentenwahl wird die Ukraine-Russland-Frage zu einer primär europäischen Herausforderung werden. Die Drohungen von Donald Trump in Richtung der europäischen NATO-Partner sollten nicht unterschätzt werden. Denn was passiert, wenn Russland zum Beispiel in seine ehemaligen Teilrepubliken im Baltikum – auf Ersuchen einer angeblich unterdrückten russischen Minderheit – einmarschiert?

Beistandspflicht oder Domino-Effekt

Unzweifelhaft würde eine russische Aggression im Baltikum einen Anwendungsfall des Artikels 5 des NATO-Vertrags darstellen. Dieser lautet:

„Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder

Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten. (...)“

Es obliegt also jedem Mitglied zu entscheiden, welche Hilfsmaßnahme es als erforderlich erachtet. Das kann überspitzt gesagt auch ein Beileidstelegramm sein. Die österreichische

Ankündigung, in einem solchen Falle gemäß der EU-Solidaritätsklausel (Österreich ist ja kein NATO-Mitglied und unterliegt daher nicht dem Artikel 5) lediglich humanitäre Hilfe zu leisten, zeigt die Gefahr, dass „Sterben für Estland“ keine Selbstverständlichkeit ist.

In dieser unklaren und unsicheren Lage sollte nach meiner Meinung Österreich klare Botschaften aussenden, wo unser Platz ist. Dieser kann nicht dort sein, wo Bürger- und Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Er muss aber auch nicht in der NATO sein. Jedenfalls aber darf es keinen Zweifel geben, dass wir uns als Vollmitglied der EU zum europäischen Modell des Zusammenlebens bekennen und auch bereit wären, für diese Werte zu kämpfen.

**Mag. Erich Cibulka, Brigadier
Präsident der Österreichischen
Offiziersgesellschaft**



Immer
aktuell
informiert.
Eintragen.
Jetzt.
oeog.at/newsletter



Der
ÖÖG
Newsletter

Foto: Bundesheer/Daniel Trippelt

Die Positionen der im Nationalrat vertretenen Parteien zu ausgewählten Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die nächste Wahl zum Nationalrat erfolgt Ende September 2024. Zur Orientierung der Leserschaft hat der Chefredakteur des Offiziers die Parteivorsitzenden der im Nationalrat vertretenen Parteien ersucht, zu nachstehend angeführten Fragen Stellung zu beziehen:

Frage 1

Wie schätzen Sie den Zustand des Bundesheeres zur Wahrnehmung aller Aufgaben gemäß dem § 2 (1) Wehrgesetz ein? Bitte machen Sie ein Kreuz in der jeweiligen Spalte.

Anmerkung: Die Abfrage erfolgte in der Form einer vorgegebenen Matrix. Auf eine Wiedergabe der Matrix wird hier aus Platzgründen verzichtet. Die Fragestellungen entnehmen Sie bitte den einzelnen Beantwortungen.

Frage 2

Österreich ist, was die Höhe der Verteidigungsausgaben – ausgedrückt in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes – betrifft, ein Nachzügler in Europa. Wie hoch sollten nach Ansicht Ihrer Partei die Verteidigungsausgaben in Österreich – ausgedrückt in Prozent des Bruttoinlandsproduktes – sein?

Frage 3

Österreich bekennt sich gemäß der Verfassung zur „militärischen Landesverteidigung“. Die militärische Landesverteidigung ist nach Ansicht vieler Experten mit dem aktuellen Bundesheer nicht realisierbar. Wird Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode alles daransetzen, damit das Bundesheer die dafür erforderlichen Mittel auch tatsächlich bekommt?

Frage 4

Im Zuge der Volksbefragung 2013 hat sich die Mehrheit der an der Befragung teilnehmenden Wahlberechtigten für die Beibehaltung der Wehrpflicht ausgesprochen. Ist Ihre Partei für ein Freiwilligensystem oder für die Beibehaltung der Wehrpflicht?

Frage 5

Im Jahre 2004 wurden die verpflichtenden Truppenübungen ausgesetzt und 2006 endgültig abgeschafft. Ist Ihre Partei für eine Wiedereinführung der verpflichtenden Truppenübungen?

Frage 6

Österreich gilt im In- und Ausland als eine Art Vorzeigeland in Bezug auf die Neutralität. Sollte die Neutralität in der gelebten Praxis bestehen bleiben oder sollte man sie abschaffen?

Österreichische Volkspartei (ÖVP)

Frage 1

	hoch	ausreichend	nicht ausreichend
Militärische Landesverteidigung		x	
Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit und der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt	x		
Die Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs	x		
Hilfeleistung im Ausland bei Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe sowie der Such- und Rettungsdienste (Auslandseinsatz)	x		

Frage 2

Die Bundesregierung nimmt in dieser Regierungsperiode so viel Geld wie nie zuvor in die Hand, um in die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung zu investieren. Wir haben im Laufe der Legislaturperiode den Modernisierungsprozess des Österreichischen Bundesheeres vorangetrieben und setzen diesen Weg kontinuierlich fort. Bis 2027 soll das Heeresbudget auf über fünf Milliarden Euro ansteigen. In meinem Österreichplan habe ich festgeschrieben, was es bis 2030 für das Österreichische Bundesheer braucht. Drei Dinge sind dabei wesentlich: Wir müssen das Kader erhöhen, die Luftabwehr ausbauen und dabei auch modernisieren. Die hybriden Bedrohungen haben uns ebenso vor Augen geführt, dass wir vermehrt in unsere Cybersicherheit investieren und gegen diese neue Form

von Kriminalität im digitalen Raum entschlossen ankämpfen müssen.

Frage 3

Die jahrelangen Einsparungen beim Bundesheer kann man nicht von heute auf morgen ungeschehen machen. Was wir nun tun können und müssen, ist, wie bereits ausgeführt, in unsere Sicherheit zu investieren. Wir haben bei unseren Investitionen auch sichergestellt, dass das Bundesheer nachhaltig finanziell abgesichert ist, indem wir beschlossen haben, dass das Bundesheer-Budget jedes Jahr an die Inflation angepasst wird.

Frage 4

Als Volkspartei sprechen wir uns weiterhin uneingeschränkt für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus. 2013 wurde sie durch eine Volksbefragung von

der Bevölkerung bestätigt. Daran hat sich auch nichts geändert.

Frage 5

Die Wiedereinführung der verpflichtenden Truppenübungen in Österreich käme einer Verlängerung der Wehrpflicht gleich und ist für uns zurzeit kein Thema. In meinem Österreichplan ist verankert, dass wir weitere Anreize für die Miliz schaffen wollen, um im Ernstfall über eine höhere Personalstärke zu verfügen.

Frage 6

Die während der Neutralität hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Österreich ist militärisch neutral, aber niemals moralisch. Wir verurteilen Terrorismus oder Kriegstreiberei klar und deutlich. Wir dürfen uns aber auch nicht auf dem Rücken der Neutralität ausruhen. Deshalb haben wir uns, wie auch die neutrale Schweiz, für den Beitritt zum Raketen-schutzschirm „Skyshield“ entschieden. Es handelt sich dabei um eine Innovation und einen großen Fortschritt, wenn es darum geht, unser neutrales Land zu schützen. Es ist ein Meilenstein für die heimische Sicherheitspolitik. Dass unsere Neutralität tatsächlich eine wehrhafte und eine glaubhafte ist, beweisen wir der internationalen Staatengemeinschaft immer wieder bei Friedenseinsätzen. Das Österreichische Bundesheer leistet hier einen großen Beitrag.

Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Frage 1

	hoch	ausreichend	nicht ausreichend
Militärische Landesverteidigung			x
Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit und der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt		x	
Die Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs			x
Hilfeleistung im Ausland bei Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe sowie der Such- und Rettungsdienste (Auslandseinsatz)			x

Frage 2

Die SPÖ hat sich klar für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf ein Prozent des BIP ausgesprochen und auch dem Landesverteidigungs-Finanzierungsgesetz zugestimmt, welches mit 16 Milliarden eine zeitlich über den Bundesfinanzrahmen hinausgehende Grundlage für eine längerfristige Finanzierungsperspektive des Bundesheeres bietet. Der Taschenspielertrick der Bundesregierung, die Pensionen ▶

miteinzuberechnen, führt dazu, dass der eine Prozent des BIP nicht erreicht wird.

Frage 3

Ja. Der Fokus liegt für die SPÖ nicht nur bei der Ausrüstung, sondern insbesondere beim Personal. Das Bundesheer braucht dringend Soldatinnen und Soldaten, um die neu beschaffene Ausrüstung auch verwenden zu können.

Frage 4

Die SPÖ ist für eine Beibehaltung der Wehrpflicht.

Frage 5

Eine Mehrheit für die Wiedereinführung der verpflichtenden Truppenübungen lässt sich aktuell nicht herstellen. Deswegen müssen neue Wege gefunden werden, um das Milizsystem zu stärken.

Frage 6

Grundlegende Prinzipien dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Irische Klausel in den EU-Verträgen berücksichtigt die besondere Position neutraler Staaten in der Beistandsverpflichtung. Österreich soll weiterhin ein neutraler, aber solidarischer Staat in der EU bleiben. Die SPÖ steht für eine aktive und engagierte Neutralitätspolitik.

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Frage 1

	hoch	ausreichend	nicht ausreichend
Militärische Landesverteidigung			x
Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit und der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt		x	
Die Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs			x
Hilfeleistung im Ausland bei Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe sowie der Such- und Rettungsdienste (Auslandseinsatz)			x

Frage 2

Zumindest 1,5 Prozent, inflationsbereinigt ohne Pensionen, für ein normales Regelbudget; in der momentanen Situation des Heeres mit dem großen Investitionsbedarf sollten es zwei Prozent sein sowie ein Sonderbudget für spezielle kostenintensive Beschaffungen, wie zum Beispiel die Eurofighter-Nachfolge.

Frage 3

Ja, das werden wir. Die FPÖ wollte das Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz in den Verfassungsrang heben, weil wir befürchten, dass die nächste Regierung sich an dieses Gesetz nicht mehr gebunden fühlt. Daher wollen wir eine Überarbeitung dieses Gesetzes mit genauen Vorgaben für die nächsten zehn Jahre und einen Beschluss

mit Zweidrittelmehrheit. Nur so sehen wir über eine Legislaturperiode hinaus den finanziellen Bedarf für das Heer gedeckt.

Frage 4

Die FPÖ steht für die Beibehaltung der Wehrpflicht.

Frage 5

Wie wir in mehreren Anträgen im Nationalrat schon zum Ausdruck gebracht haben, sind wir für die Wiedereinführung der verpflichtenden Truppenübungen.

Frage 6

Es ist die Zeit gekommen, das Fundament unserer Verfassung durch die Aufwertung der Neutralität zum Prinzip der Bundesverfassung (Neu-

ralitätsprinzip) nachhaltig zu stärken. Dazu soll mit einer Volksabstimmung gem. Art. 44 Abs. 3 B-VG eine Gesamtänderung der Bundesverfassung erfolgen und jenen das Heft des Handelns in die Hand gegeben werden, von denen das Recht originär ausging: dem österreichischen Volk. An ihm liegt es, sein Souveränitätsrecht durch die Verankerung der Neutralität als Grundprinzip einer demokratischen und wehrhaften Republik zu schaffen. Unser Vorschlag sieht unter anderem vor, dass in Art. 1 B-VG die Worte „wehrhafte, immerwährend neutrale“ als Attribute zu „Republik“ eingefügt werden. Die Einfügung des Wortes „wehrhafte“ soll sicherstellen, dass Österreich seine eigene Landesverteidigung so ausstattet, dass es in der Lage ist, sich gegen militärische Angriffe selbst und eigenständig zur Wehr zu setzen. Die Ergänzung soll verhindern, dass im Einklang mit Art. 9a B-VG die Landesverteidigung im Bundeshaushalt jeweils so finanziell ausgestattet wird, dass es seinen Auftrag, die militärische Landesverteidigung, erfüllen kann.

Die Grünen

Frage 1

	hoch	ausreichend	nicht ausreichend
Militärische Landesverteidigung			x
Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit und der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt		x	
Die Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs	x		
Hilfeleistung im Ausland bei Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe sowie der Such- und Rettungsdienste (Auslandseinsatz)	x		

Frage 2

Während der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN wurde das Landesverteidigungsbudget erstmals so stark erhöht, dass jahrelang vernachlässigte Investitionen getätigt werden können. Wir haben damit der dramatisch erhöhten Bedrohungslage in Europa Rechnung getragen. Diese ist durch den völkerrechtswidrigen, brutalen Überfall Russlands auf die Ukraine evident. Insbesondere die Möglichkeit des Aufbaus einer modernen Luftverteidigung wird damit möglich. Die aktuellen Kriegsschauplätze unterstreichen die Bedeutung von Raketen-, Drohnen- und Luftabwehr, wenn es um den Schutz der Bevölkerung geht. Dieser Investitionsschwerpunkt leitet sich also aus dem aktuellen Bedrohungsbild durch feindliche Mächte, aber auch durch Terror ab. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erscheint in vielen Bereichen als ungeeignete Bezugsgröße, um vernünftige Aussagen über staatliche Finanzierung zu treffen. Das gilt auch für die Landesverteidigung. Für uns GRÜNE ist entscheidend, dass das Bundesheer ausreichend Mittel zur Verfügung hat, um seine Aufgaben wahrzunehmen und sich in der aktuellen geopolitischen Lage auf wahrscheinliche Bedrohungen vorbereiten zu können.

Frage 3

Wir GRÜNE treten dafür ein, dass das Bundesheer über ausreichende Mittel

verfügt, um es auch für die militärische Landesverteidigung, die angesichts der geopolitischen Entwicklung wieder an Bedeutung gewonnen hat, handlungsfähiger zu machen. Um auf wahrscheinliche Bedrohungen vorbereitet zu sein, muss für eine defensiv strukturierte Armee Nachholbedarf geleistet und entsprechend geplant werden. Nach den großen Erfolgen in dieser Legislaturperiode werden wir uns selbstverständlich auch in der nächsten dafür einsetzen.

Frage 4

Es ist bekannt, dass die GRÜNEN 2013 bei der Volksbefragung über die Beibehaltung der Wehrpflicht für die Einführung eines Berufsheeres eingetreten sind. Das Ergebnis war mit fast 60 Prozent für die Beibehaltung der Wehrpflicht sehr deutlich und wird von uns respektiert. Als Grund für die Beibehaltung der Wehrpflicht wurde damals von vielen auch die wichtige Rolle des Zivildienstes für unser Sozialsystem hervorgehoben. Für uns ist es wichtig, dass wir die Zeit, die junge Menschen im Grundwehr- und Zivildienst verbringen, so wertvoll wie möglich machen wollen. Denn sie leisten einen ganz wesentlichen Beitrag zur Sicherheit unserer Gesellschaft, sei es im Katastrophenschutz, bei der sozialen Sicherheit oder bei der Landesverteidigung. Gerade während der jüngst durchgestandenen

Krisen ist die vielfältige Einsatznotwendigkeit des Bundesheeres, aber auch des Zivildienstes sehr deutlich geworden.

Frage 5

Unserer Ansicht nach sind das bestehende 6+3 System und die vielen Anreize für die freiwillige Teilnahme an Truppenübungen ausreichend. Wir möchten vor allem und zuallererst das Angebot verbessern, damit die Auffüllung des Milizkaderpersonales durch Reserveoffiziere und -unteroffiziere herbeigeführt wird und das Milizsystem für einen hoffentlich nie eintretenden Ernstfall der militärischen Landesverteidigung funktionsfähig wird. Das kann vor allem dadurch erreicht werden, dass das Angebot so attraktiv wie möglich gestaltet wird, um zu zeigen, dass sich ein weiterer Einsatz lohnt. Dazu gehört für uns, dass die Zeit beim Bundesheer sinnvoll verbracht werden kann, neue Fähigkeiten erlernt werden, die Ausrüstung sicher und modern ist und dass das Arbeitsumfeld respektvoll den Personen und ihrem Privatleben gegenüber ist. Für die Durchführung von Milizübungen braucht es auch entsprechende Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern.

Frage 6

Sowohl die Neutralität als auch die Solidarität mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind in der österreichischen Verfassung verankert. Ob uns die Neutralität alleine vor allen modernen Konflikten, die oftmals unter der Schwelle eines militärischen Konflikts geführt werden – also vor hybriden Bedrohungen – schützen kann, halte ich für fragwürdig. Wir betrachten die Zusammenarbeit mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten als eine der wichtigsten Säulen unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. ▶

Frage 1

	hoch	ausreichend	nicht ausreichend
Militärische Landesverteidigung			x Die Regierung hat keine Strategie, also auch keine adäquate Umsetzung möglich.
Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit und der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt		x	
Die Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfanges	x		
Hilfeleistung im Ausland bei Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe sowie der Such- und Rettungsdienste (Auslandseinsatz)			x Keine klaren Richtlinien, woran Österreich teilnimmt, daher auch keine adäquate Umsetzung möglich.

Frage 2

Schweden und Finnland fahren gerade ihre Ausgaben herunter, weil sie in der NATO mit viel weniger Geld auskommen als alleine. Österreich muss sich entscheiden, wie und wogegen wir uns verteidigen wollen. Wenn wir unsere Grenzen gegen einen konventionellen Angriff aus Slowenien oder Liechtenstein sichern wollen, zahlen wir bereits zu viel. Einen Frontalangriff aus Deutschland oder Italien würden wir auch mit einer wesentlichen Erhöhung der Verteidigungsausgaben kaum abwehren können. Wogegen wir uns wirklich verteidigen müssen, sind die realen Gefahren, die nicht in Form von Panzern an der Kärntner Grenze stehen. Und dafür müssen wir Teil einer europäischen Sicherheitsarchitektur werden. Wie viel Geld dafür nötig ist, kann man erst sagen, wenn diese Architektur steht und wir uns entschlossen haben, da ohne Wenn und Aber mitzumachen. Ich denke aber, dass zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes realistisch sind, denn das vertritt das erfolgreiche Bündnis der NATO schon lange.

Frage 3

Natürlich. Aber wir müssen zuerst einmal eine Sicherheitsstrategie bekommen, die tatsächlich festlegt, wie wir

uns gegen die Risiken verteidigen wollen. Wir brauchen eine Armee, die sich als kompetenter, verlässlicher Partner in die europäische Sicherheitsarchitektur einbringt. Was es dafür braucht, müssen wir anschaffen, und wir werden dem auch zustimmen.

Frage 4

Natürlich erkennen wir einen Volksentscheid an. Man muss aber schon sagen, dass selbst die Proponenten der Wehrpflicht öffentlich sagen, dass damals über den Zivildienst abgestimmt wurde, nicht wirklich über die Wehrpflicht. Wenn man also die Landesverteidigung ernst nimmt, sollte man den Zivildienst vom Bundesheer vollständig trennen und dann die Wehrpflicht ausschließlich im Kontext unserer nationalen Sicherheit überdenken. Wir waren immer für ein Berufsheer, und das auch mit guter Begründung. Schauen Sie sich das Milizsystem von heute an. Es geht kaum jemand zur Miliz, und für die wenigen, die sich verpflichten, gibt es kaum Übungen. Und selbst wenn man übt, die Komplexität der heutigen Wafentechnologie ist zu komplex, um sie in ein paar Tagen pro Jahr zu erlernen und die Fähigkeiten zu erhalten. In der Ukraine kämpfen fast nur Profis. Russland schickt Reservisten an die Front, und die enden zumeist als Kanonen-

futter. Aber wir sehen auch, dass es im wohlhabenden Europa immer weniger Menschen gibt, die sich die Armee als Karriere vorstellen können. Daher wird man sich gut überlegen müssen, welches System den meisten Sinn macht. Es gibt ja auch hybride Modell zwischen reinem Freiwilligenheer und der absoluten Wehrpflicht. Aber das sollte keine populistische, von Umfragen getriebene Entscheidung sein, sondern eine, die sich an den Bedürfnissen der Sicherheitsstrategie orientiert.

Frage 5

Nein. Wir haben immer weniger taugliche junge Männer – letztes Jahr so gegen 15.000 – Tendenz deutlich fallend. Von denen geht nur knapp über die Hälfte zum Bundesheer, der Rest entscheidet sich für den Zivildienst. Und zur Miliz meldet sich dann nur noch ein kleiner Bruchteil. Ich verstehe das Problem, aber das muss man anders angehen. Es braucht Anreize für die Freiwilligenmeldung, aber eben auch das Neudenken der Wehrpflicht im Allgemeinen.

Frage 6

Das läuft zu 100 Prozent parallel. Wir sind in Europa solidarisch und gegenüber Drittstaaten neutral. Und zwar militärisch neutral, nicht politisch, nicht was unsere Werte angeht. So steht das in unserer Verfassung, so wird das seit dem EU-Beitritt gelebt. Auch mit einer Volksabstimmung. Also viel legitimer geht das nicht. Übrigens haben wir uns schon vor dem EU-Beitritt an Abstimmungen über Völkerrecht und Sanktionen in den Vereinten Nationen beteiligt. Und Sanktionen und sogar Militäreinsätze mitgetragen. Das ist Teil unserer gelebten Verfassung. Und seit dem EU-Beitritt können wir genau das gleiche nun auch innerhalb der EU mitmachen, was wir zuvor innerhalb der UNO gemacht haben: also uns aktiv einbringen und gemeinsame Entscheidungen mittragen und umsetzen. ✕

Ein Strategischer Kompass

für mehr Sicherheit und Verteidigung der Europäischen Union (EU) im nächsten Jahrzehnt

In einer Zeit, da wir die Rückkehr des Krieges nach Europa erleben und das feindlichere Sicherheitsumfeld einen Quantensprung nach vorn erfordert, erhöhte die EU mit dem Beschluss des Strategischen Kompasses die Handlungsfähigkeit und -bereitschaft der EU. Damit wird ihre Resilienz gestärkt sowie mehr und besser in die Verteidigungsfähigkeiten investiert. Die Stärke der EU liegt in der Einheit, Solidarität und Entschlossenheit. Der Strategische Kompass soll die EU zu einem stärkeren und fähigeren Bereitsteller von Sicherheit machen. Die EU muss in der Lage sein, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu Frieden und Sicherheit in der Welt beizutragen. Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der der Krieg durch die ungerechtfertigte und grundlose Aggression Russlands gegen die Ukraine nach Europa zurückgekehrt ist und große geopolitische Verschiebungen zu verzeichnen sind. Dieser Strategische Kompass wird die strategische Autonomie der EU und ihre Fähigkeit stärken, mit Partnern zusammenzuarbeiten, um ihre Werte und Interessen zu wahren.

Die Bedrohungen nehmen zu und die Kosten der Untätigkeit sind klar. Der Strategische Kompass ist ein Leitfaden für unser Handeln. In ihm wird ein ehrgeiziger Weg für unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik für das

nächste Jahrzehnt aufgezeigt. Er wird uns dabei helfen, uns unserer Sicherheitsverantwortung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern und der übrigen Welt zu stellen. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Der Strategische Kompass umfasst eine gemeinsame Bewertung des strategischen Umfelds, in dem die EU tätig ist, und der Bedrohungen und Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert ist. Das Dokument enthält konkrete und durchführbare Vorschläge mit einem sehr genauen Zeitplan für die Umsetzung, um die Fähigkeit der EU zu verbessern, in Krisen entschlossen zu handeln und ihre Sicherheit sowie ihre Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen.

Der Kompass deckt alle Aspekte der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ab und beruht auf vier Säulen: „Handeln“, „Investieren“, „Mit Partnern zusammenarbeiten“ und „Sichern“.

Handeln

Um in der Lage zu sein, rasch und entschlossen zu handeln, wenn eine Krise ausbricht – nach Möglichkeit mit Partnern und notfalls allein –, wird die EU

- eine starke EU-Schnelleingreifkapazität von bis zu 5 000 Einsatzkräften zur Bewältigung verschiedener Arten von Krisen aufbauen;
- bereit sein, innerhalb von 30 Tagen 200 vollständig ausgerüstete Experten für GSVP-Missionen zu entsenden, auch in komplexe Umgebungen;
- regelmäßige LIVEX-Übungen an Land und auf See durchführen;
- die militärische Mobilität stärken;
- die zivilen und militärischen GSVP-Missionen und -Operationen der EU durch die Förderung eines raschen und flexibleren Beschluss-

fassungsprozesses, robusteres Handeln und die Gewährleistung einer größeren finanziellen Solidarität verstärken;

- die Europäische Friedensfazilität in vollem Umfang nutzen, um Partner zu unterstützen.

Sichern

Um ihre Fähigkeiten zur Antizipation, Abschreckung und Reaktion auf aktuelle und rasch auftretende Bedrohungen und Herausforderungen zu stärken und die Sicherheitsinteressen der EU zu wahren, wird die EU

- ihr Analyseverfahren stärken;
- ein Instrumentarium gegen hybride Bedrohungen und Teams für die Reaktion auf solche schaffen, indem verschiedene Instrumente zusammengeführt werden, um ein breites Spektrum hybrider Bedrohungen zu erkennen und darauf reagieren zu können;
- das EU-Instrumentarium für die Cyberdiplomatie weiterentwickeln und eine EU-Politik im Bereich Cyberabwehr schaffen, um besser auf Cyberangriffe vorbereitet zu sein und besser darauf reagieren zu können;
- ein Instrumentarium gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung entwickeln;
- eine EU-Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung entwickeln;
- die Rolle der EU als Akteur im Bereich der maritimen Sicherheit stärken.

Investieren

Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, ihre Verteidigungsausgaben deutlich zu erhöhen, damit sie der gemeinsamen Ambition zur Verringerung

Die engagierte Neutralität in unsicheren Zeiten

von General i.R. DI Mag. Günther Greindl

zung der Lücken bei kritischen militärischen und zivilen Fähigkeiten gerecht werden und die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung stärken. Die EU wird

- einen Austausch über nationale Ziele für höhere und verbesserte Verteidigungsausgaben führen, um den Sicherheitsbedürfnissen gerecht zu werden;
- den Mitgliedstaaten zusätzliche Anreize dafür bieten, sich an der gemeinsamen Entwicklung von Fähigkeiten zu beteiligen und gemeinsam in strategische Enabler und Fähigkeiten der nächsten Generation für Operationen an Land, auf See, in der Luft, im Cyberraum und im Weltraum zu investieren;

- technologische Innovationen für die Verteidigung fördern, um strategische Lücken zu schließen und technologische und industrielle Abhängigkeiten zu verringern.

Mit Partnern zusammenarbeiten

Zur Bewältigung gemeinsamer Bedrohungen und Herausforderungen wird die EU

- die Zusammenarbeit mit strategischen Partnern wie der NATO, den Vereinten Nationen und regionalen Partnern, einschließlich der OSZE, der AU und des ASEAN, verstärken;
- stärker maßgeschneiderte bilaterale Partnerschaften mit gleichge-

sinnigen Ländern und strategischen Partnern wie den USA, Kanada, Norwegen, dem Vereinigten Königreich, Japan und anderen entwickeln;

- maßgeschneiderte Partnerschaften im Westbalkan, in unserer östlichen und südlichen Nachbarschaft sowie in Afrika, Asien und Lateinamerika entwickeln, einschließlich durch die Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit, durch die Förderung der Beteiligung an GSVP-Missionen und -Operationen sowie durch die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus.

www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/ ✕

Europa müsse kriegstüchtig werden und unsere Neutralität sei nicht mehr zeitgemäß, heißt es. Sie biete keinen Schutz, sie gelte bei jedem EU-Beschluss im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) nicht mehr und sie habe in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur wenig Platz. Diese Behauptungen werden den Chancen einer engagierten Neutralität, die sich auf die drei Säulen der Sicherheit – Demokratie, Defension, Diplomatie – abstützt, nicht gerecht.

Der Wert der Neutralität

Die Neutralität ist mehr als ein sicherheitspolitisches Konzept, das den Staat schützen soll. Die Neutralität steht im Einklang mit den Idealen der Vereinten Nationen. Sie ist ein Fortschritt für das friedliche Zusammenleben der Völker. Sie engagiert sich, auch im eigenen sicherheitspolitischen Interesse, für die friedliche Lösung von Konflikten. Immerwährende Neutralität ist niemandes Feind, sie muss aber für ihre Sicherheit selbst sorgen. Die erste Säule der Sicherheit ist eine intakte Demokratie und eine überzeugende Staatsidee. Die Demokratie gewährt die innere Stabilität einer Gesellschaft, weil sie die Grund- und Freiheitsrechte für ihre mündigen Bürger garantiert. Eine überzeugende Staatsidee steht für ein gemeinsames Ziel, an das die Bürger glauben, für das sie sich engagieren. Die Neutralität ist für 80 Prozent der Österreicher diese überzeugende Staatsidee, mit der sie sich identifizieren und die seit dem 15. Mai 1955 mit unserer Freiheit und Unabhängigkeit verbunden ist.

Die Neutralität muss wehrhaft sein

Vor Kurzem wurde das Risikobild 2024 unter dem Titel „Die Welt aus den Fu-

gen“ vorgestellt. Als künftiges Hauptrisiko in Europa wurde die hybride Kriegführung gesehen. Diese Art der Bedrohung sei aber für einen neutralen Staat geringer, weil er vermeiden kann, in Konflikte hineingezogen zu werden. Das Schicksal des neutralen Belgiens im Ersten Weltkrieg wird stets als Beweis bemüht, dass Neutralität nicht schütze. Warum wird eigentlich nie auf die Schweiz verwiesen? Sie blickt auf mehr als 200 Jahre Frieden zurück und konnte sich aus zwei Weltkriegen heraushalten. Ihre Stärke besteht darin, dass sie in allen drei Dimensionen der Sicherheit im Spitzenfeld liegt. Österreich hat ebenfalls gute Bedingungen, seine Sicherheit selbstbestimmt zu gewährleisten. Die geostrategische Lage, die innere Stabilität und die internationale Vernetzung können sich mit der Schweiz durchaus vergleichen.

Wo wir nicht mithalten können, ist auf dem Gebiet der militärischen Landesverteidigung. Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes hat Österreich seine militärischen Fähigkeiten drastisch beschnitten. Besonders schwer wog die Aussetzung der verpflichtenden Truppenübungen. Das war das Ende der Miliz und der von ihr getragenen Raumverteidigung, des Herzstücks der wehrhaften Neutralität. Die damalige Strategie des hohen Eintrittspreises wäre auch heute ein militärischer Plan, der von der Bevölkerung als sinnvoll verstanden würde. Ein neutraler Staat darf keine Zone der Unsicherheit sein. Er muss sicherstellen, dass sein Territorium zu Erde und in der Luft nicht zum Vorteil einer Kriegspartei genutzt werden kann. Das ist die Kernaufgabe der militärischen Landesverteidigung. Wenn Österreich diese Aufgabe erfüllt, dann leistet es auch seinen Beitrag für die Sicherheit Europas und niemand wird behaupten können, dass die NATO-Länder still-

schweigend Österreich verteidigen würden.

Der Aufbauplan 2032 wird die gravierendsten Mängel in der Ausrüstung beseitigen. Aber was nützt die beste Ausrüstung, wenn die Soldaten fehlen? Der ehemalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel forderte unlängst zurecht eine nachhaltige Aufstockung und Verbesserung unserer eigenen Verteidigungsfähigkeit. Eine Wiederaufnahme der Truppenübungen, die von der Regierung Schüssel 2006 ausgesetzt wurden, wäre dafür die wichtigste Maßnahme. Die Lösung für unsere Sicherheit liegt nämlich nicht im Beitritt zur NATO, sondern im Aufbau einer starken Milizarmee, so wie es in der Bundesverfassung vorgesehen ist. Der neutrale Staat soll seine militärischen Kräfte so organisieren, dass sie niemanden bedrohen, aber eine glaubwürdige Verteidigung ermöglichen. In der Miliz macht die Wehrpflicht Sinn, weil die Wehrpflichtigen in Einsatzverbänden Verantwortung für konkrete militärische Aufgaben übernehmen. Der Bürger in Uniform ist sowohl der Ausdruck des Wehrwillens einer Gesellschaft als auch Zeichen ihrer friedlichen Grundhaltung.

Eine besondere Herausforderung ist ohne Zweifel die Luftverteidigung, der in der modernen Kriegführung die größte Bedeutung zukommt. Eine Verletzung unserer Neutralität in der Luft konnte Österreich mangels moderner Ausrüstung bisher kaum verhindern. Eine eigenständige Luftverteidigung erfordert hohe technische und personelle Anforderungen. Das österreichische Verbundsystem von Berufs- und Milizsoldaten hat sich bestens bewährt, auch den höchsten Anforderungen gerecht zu werden. Mit dem Beschluss das Flugabwehrraketen Systems IRIS-T SLM und die Skyranger anzukaufen, erfolgte ein entscheidender Schritt, ▶



TÜV AUSTRIA Miliz-Zertifizierung

AKADEMIE

Machen Sie Ihre militärisch erworbenen Kompetenzen auch im zivilen Bereich sichtbar!

miliz-zertifizierung.at

Sicher. Besser.

diese Lücke zu schließen. Damit besitzt Österreich neben den Eurofightern ein wichtiges Mittel, seinen Luftraum gegen nicht genehmigte Überflüge zu verteidigen oder bedeutende Veranstaltungen gegen Angriffe durch Drohnen zu schützen. Diese Aufgabe kann Österreich auch ohne Beteiligung am Sky Shield bewältigen.

/ Der Sky Shield ist ein Schutzschirm der NATO, der auch die strategischen Bedrohungen durch Raketen aus dem Weltraum abwehren soll. Deshalb ist der Ankauf von Patriot- oder Arrow-3-Systemen erforderlich, deren Kosten im Aufbauplan 2032 nicht enthalten sind. Aus Neutralitätspolitischer Sicht werden dadurch viele Fragen aufgeworfen. Die Bundesregierung versichert zwar, es handle sich um eine reine Einkaufs- und Ausbildungsgemeinschaft, denn eine operative Teilnahme sei nicht vorgesehen.

/ Aber wäre der Ankauf weitreichender Raketenabwehrsysteme ohne operative Einbindung in den Sky Shield der NATO überhaupt sinnvoll? In welcher Höhe endet die Souveränität Österreichs im Luftraum? Wie wahrscheinlich ist die Bedrohung Österreichs durch strategische Raketen? Könnten verifizierbare Verträge zur Stationierung von Raketen das Risiko beseitigen? Kann der Sky Shield überhaupt ausreichend Schutz bieten oder ist er nur der Beginn eines neuen Wettrüstens?

Die Partnerschaft für den Frieden bewährt sich

Österreich ist seit 1995 Teilnehmer in der Partnerschaft für den Frieden (PfP). Diese freiwillige Kooperation mit der NATO ist mit der Neutralität vereinbar, weil aus ihr keine Verpflichtungen für militärische Einsätze erwachsen. Sie versetzt das Bundesheer in die Lage, mit den Armeen der NATO-Länder gemeinsam operieren zu können. In der von der NATO geführten multination-

alen Truppe im Kosovo ist das bereits der Fall. Für die militärische Kooperation in der EU und den Austausch von Informationen im Bereich hybrider Bedrohungen kann die PfP gute Dienste leisten.

/ Ein Beitritt zur NATO-neu bringt hingegen keinen zusätzlichen Sicherheitsgewinn, sondern eher ein erhöhtes Risiko, in einen militärischen Konflikt hineingezogen zu werden. Das könnte sogar bei Konflikten außerhalb Europas der Fall sein. Die NATO hat sich seit dem Ende des Kalten Kriegs grundlegend geändert. Die NATO-neu bereitet sich mit den sogenannten „out of area“-Einsätzen darauf vor, auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates weltweit zu agieren. Österreich wäre ein legitimes Ziel von Angriffen mit Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen, wenn es den Transit von Truppen oder Waffen der NATO genehmigen würde. Auch die hybride Bedrohung wie Cyber-Angriffe, Terroranschläge und Sabotage würde steigen.

/ Ein Beitritt zur NATO-neu würde bedeuten, dass sich Österreich so wie die europäischen NATO-Länder unter die Schutzmacht USA begeben würde. In einer Allianz mit einer übermächtigen Schutzmacht werden die Interessen der schutzbedürftigen Länder nicht genügend berücksichtigt. Im Zweifelsfall werden sich aufgrund der realen Machtverhältnisse die Interessen der Schutzmacht durchsetzen. Was als Einigkeit in der NATO-neu gepriesen wird, ist in Wirklichkeit Ausdruck der vollständigen Abhängigkeit europäischer Politik von den USA. Der Spielraum, den die engagierte Neutralität in der EU noch geltend machen kann, würde bei einem Beitritt zur NATO-neu freiwillig aufgegeben.

Die Neutralität kann in der EU nützlich sein

Als Österreich der EU beigetreten ist, hat der damalige Außenminister Alois

Mock folgende Erklärung abgegeben: „Die Neutralität Österreichs ist sein spezifischer Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa.“ Warum sollte heute nicht gelten, was damals erklärt wurde?

/ Die EU-Verträge erlauben einen ausreichenden Spielraum, um den Kernbestand der Neutralität zu schützen. Nach Artikel 3 des EU-Vertrags ist es „das Ziel der Union, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern“. Nach Artikel 21 lässt sich die EU in ihrem gemeinsamen Handeln von denselben Grundsätzen leiten, die für ihre Entstehung maßgebend waren. Das oberste Ziel der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist demnach die Förderung des Friedens und des Wohlergehens der Völker. Fördern erfolgt mit friedlichen Mitteln, um gesteckte Ziele gemeinsam zu erreichen. Dieser Grundgedanke der EU fand beim Beitritt Österreichs die überwältigende Zustimmung unserer Bevölkerung. Die EU als Friedensprojekt war die Vision, die überzeugte. Für diese Vision zu kämpfen und dafür in der EU Verbündete zu suchen, wäre eine lohnende Aufgabe engagierter Neutralitätspolitik. Sie wäre in der EU von Nutzen, weil sie der einseitigen Beurteilung von Sachverhalten entgegenwirken könnte. Sie wäre jener spezifische Beitrag zur GASP, den Alois Mock in seiner Erklärung angesprochen hat. Mit anderen Worten, solange sich die GASP von den Gründungsgedanken der EU leiten lässt und die Grundsätze der Vereinten Nationen achtet, kann Österreich allen Beschlüssen ohne Vorbehalt zustimmen.

/ Die Beistandspflicht nach Artikel 42/7 ist bei genauer Betrachtung ebenfalls kein Hindernis für die Neutralität in der EU. Sie lässt mit der sogenannten „Irischen Klausel“ den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaat-

ten unberührt. Das bedeutet, dass für die NATO-Staaten die Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag weiterhin das Fundament ihrer kollektiven Verteidigung sind. Sie allein bestimmen das Verhalten der NATO-Länder in der militärischen Verteidigung. Andererseits kann der neutrale Staat selbst bestimmen, in welcher Form er seiner Beistandspflicht nachkommt. In welcher Form ein Beistand erfolgen kann, wird von den jeweiligen Umständen abhängig sein. Die selbständige Verteidigung des eigenen Territoriums ist jedenfalls ein militärischer Beitrag zur Sicherheit der EU.

/ Auch die Änderung der Bundesverfassung durch die Einfügung des Artikels 23j, der die Mitwirkung an der GASP regelt, sieht keine Verpflichtung zur Teilnahme an militärischen Einsätzen vor. Die Entsendung von Truppen in das Ausland bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates, die ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates wohl kaum erfolgen wird.

/ Bei Beschlüssen der GASP, die mit dem Kernbestand der Neutralität unvereinbar sind, kann sich Österreich der Stimme enthalten. So steht man einer konkreten Maßnahme der EU nicht im Wege und kann das eigene Verhalten selbst bestimmen. Schließlich bliebe noch als letztes Mittel Beschlüsse der GASP zu verhindern. Die Einstimmigkeit in der GASP wird oft als Schwäche der EU bezeichnet. Andererseits schützt sie die lebenswichtigen Interessen der Staaten und sorgt so für einen Ausgleich der Interessen innerhalb der EU. Die Aufgabe der Einstimmigkeit würde die Abschaffung der Neutralität bedeuten.

Die Neutralität in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur

Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur, in der für die Neutralität kein Platz ist, wäre nicht erstrebenswert.

Wie soll sie aussehen? Vermutlich mit Österreich in der NATO-neu und mit Russland als ewigem Feind. So eine Sicherheitsordnung wäre wohl kaum im Interesse der europäischen Völker. Der ehemalige Generalsekretär der NATO, Javier Solana, hat beim NATO-Workshop 1999 in Wien bereits festgestellt: „Eine umfassende euro-atlantische Sicherheitsarchitektur kann nicht ohne Russland oder gar gegen Russland gebildet werden.“ Diese geopolitische Konstante wird durch den Krieg in der Ukraine nicht geändert. Heute ist die Welt aus den Fugen, weil das Misstrauen, das Missverständnis und die Verweigerung des Dialogs die Politik beherrschen. Wer spricht heute in Europa noch von Frieden? Warum die Diplomatie den Krieg nicht verhindern konnte, wird die historische Forschung noch lange beschäftigen. Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, so Clausewitz in seinem Werk „Vom Krieg“. Es ist die Kunst der Politik den Zeitpunkt zu erkennen, an dem die „anderen Mittel“ erschöpft sind. Der Krieg in der Ukraine hat sich verselbstlicht, die Diplomatie ist in Ketten gelegt und jede Regung der politischen Vernunft wird zunichte gemacht.

/ Das Friedensprojekt EU befindet sich im Kielwasser der NATO-neu auf einem geopolitischen Irrweg, der Europa womöglich zum dritten Mal in etwas mehr als einem Jahrhundert in ein Schlachtfeld verwandelt. Wenn eine dauerhafte Sicherheitsarchitektur wiederentstehen soll, so kann dies nur im Ausgleich der Interessen aller beteiligten Staaten erfolgen. Europa braucht eine kooperative Sicherheitsordnung, so wie sie in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bereits angelegt war. Das geht nicht ohne Rückkehr zur Diplomatie und zur Vision einer Friedenszone von San Francisco bis Wladiwostok. Die Alternative ist ein Leben im Schatten eines drohenden Krieges,

die Rückkehr zu neuem Wettrüsten und der Verlust von Wohlstand. Es wird schwierig sein, in Europa neues Vertrauen aufzubauen. Die OSZE, in der 57 Staaten eine Stimme haben, ist die geeignete Organisation, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. Eine europäische Friedenskonferenz am Sitz der OSZE, in Wien, unter Einbeziehung Chinas, wäre ein geeigneter Rahmen für ernsthafte Verhandlungen.

/ Wer könnte diese Idee besser ins Spiel bringen als die neutralen Staaten, Malta, der Vorsitz der OSZE, Österreich, der Sitzstaat, gemeinsam mit der Schweiz und Irland. Die Neutralität hat einen Platz in einer neuen kooperativen Sicherheitsarchitektur. Die überwältigende Mehrheit unserer Bevölkerung will, dass wir den Kernbestand unserer Neutralität nicht weiter verwässern. Im Gegenteil, sie will, dass wir ihre Vorzüge im Dienste des Friedens glaubwürdig und mutig nutzen. ✘



ZUM AUTOR

DI Mag. Günther Greindl, General i.R. ist Präsident des Vereins Aufbruch-Österreich, Gründungsmitglied der Initiative Engagierte Neutralität und Gründungspräsident der Vereinigung Österreichischer Peacekeeper. Er war Assistant Secretary General und Force Commander der UN-Friedenstruppen in Syrien-Israel, Zypern und Irak-Kuwait. Er leitete die Gruppe Sicherheitskooperation im BMLV und war der erste Militärrepräsentant Österreichs bei EU und NATO.

Militärkommando Tirol

von Brigadier Mag. (FH) Mag. Ingo Gstrein



© MILKDO THANSÖRIG BAGGL

Der Lebensraum Tirol

Unter den Bundesländern Österreichs ist Tirol das drittgrößte, das zweitwestlichste und jenes mit der längsten Außengrenze. Seine Lage im Herzen der Alpen bietet eine außergewöhnliche Topografie und somit eine perfekte Kulisse für Winter- und Sommertourismus. Der Tiroler Grund und Boden reicht dabei vom tiefsten Punkt des Bundeslandes mit 465 m bis zum höchsten Punkt Österreichs, dem Großglockner mit 3.798 m. Die gebirgige Landschaft mit Gebirgsbächen und Stauseen erlaubt die Produktion von Spitzenstrom aus Wasserkraft. Fern- und Brennerpass sind wichtige Nord-Süd-Transitverbindungen im Herzen Europas, allein über den Brenner werden pro Jahr über 50 Millionen Tonnen Güter transportiert. Gemeinsam mit dem Individualverkehr passieren somit pro Jahr über 14 Millionen Fahrzeuge den wichtigsten Alpenpass. Das bedeutet aber auch, dass vor allem an Reise-wochenenden die Hauptverkehrsverbindungen staubedingt nur erschwert passierbar sind. Die gebirgige Geländebeschaffenheit in Tirol konzentriert das Leben auf engste Flächen: Als Dauerbesiedlungsraum stehen gerade knapp über 12 % der Gesamtfläche zur

Verfügung. Das ist der niedrigste Wert aller Bundesländer. Die Knappheit an nutzbarer Bodenfläche, um die sich Lebensraum, Verkehr, Industrie und Tourismus rivalisieren, hat zu hohen Lebenshaltungskosten geführt. Durch die steilen Hänge ist Tirol im Winter lawinen- und im Sommer muren- bzw. hochwassergefährdet.

Geborene Tiroler haben gelernt, mit der Situation umzugehen. Sie können beispielsweise zwischen dem guten Tourismus, welcher die Hotels und Pensionen in Tirol füllt und Geld ins Land bringt, und dem schlechten Tourismus, welcher auf dem Weg durch Tirol die Straßen verstopft, unterscheiden. Mit rund 20% am Bruttoinlandsprodukt ist der Tourismus eine wichtige Branche in Tirol. Doch auch Gewerbe und Industrie sind stark ausgeprägt und damit eine Konkurrenz im Kampf um Arbeitskräfte. Die klare Abgrenzung des Lebensraumes durch Gebirgsketten veranlassen Tiroler, sich selbst und ihren Nachbarn zu helfen, aber nicht auf die Hilfe von außerhalb zu vertrauen. Das reicht bis zur Selbstverteidigung und dem nach den Zeiten der Tiroler Volksaufständen um 1800 nach wie vor regen Schützenwesen. Dabei ist der Verlust

Südtirols an Italien auch heute noch im kollektiven Gedächtnis Tirols präsent und hat dazu geführt, dass Nord- und Osttirol nicht aneinandergrenzen. Tirol ist in neun politische Bezirke aufgeteilt, wobei acht zu Nordtirol zusammengefasst werden können. Der Weg ins abgetrennte Osttirol führt entweder über das Bundesland Salzburg oder über Südtirol und somit über Italien. Die Landeshauptstadt Innsbruck liegt im Zentrum Nordtirols, in etwa an der Grenze zwischen dem Tiroler Ober- und Unterland.

Tirol als Befehlsbereich 6

Der Verantwortungsbereich des Militärkommandos Tirol umfasst in etwa die politischen Grenzen Tirols. Die Ausnahme bildet der Truppenübungsplatz Hochfilzen, der zwar auf Tiroler Boden liegt, aber dem Militärkommando Salzburg untersteht. In Tirol sind die militärischen Strukturen eher schwach ausgeprägt. Die neun vorhandenen Kasernen verteilen sich so auf sechs der neun Bezirke, somit befinden sich im Oberland eine, in der Landeshauptstadt drei, im Unterland drei und in Osttirol zwei militärische Liegenschaften. Der Stabskompanie und Dienstbetrieb des Militärkommando

Tirol unterstehen ein Baupionier- und Katastropheneinsatzzug, die Militärmusik und neun Betriebsstaffeln. Eine aktive Jägerkompanie und der zweitgrößte österreichische und höchstgelegene europäische Truppenübungsplatz Lizum/Walchen gehören ebenfalls zum Militärkommando Tirol. Im Einsatzfall stehen das Miliz-Jägerbataillon Tirol, die Miliz-Jägerkompanie Oberland, eine Miliz-Pionierkompanie sowie weitere unterstützende Milizkräfte für die Auftragsbefüllung zur Verfügung.

Die 6. Gebirgsbrigade hat ihren Sitz in Absam nahe Innsbruck. Die Brigade ist auf Einsätze im Hochgebirge spezialisiert und genießt dahingehend auch international einen guten Ruf. Ihre drei Jägerbataillone 23, 24 und 26, das Pionierbataillon 2 und das Stabsbataillon 6 verteilen sich auf Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Kärnten. Das Jägerbataillon 24 ist in Osttirol und dem Tiroler Unterland beheimatet, während eine Kompanie des Jägerbataillons 23 im Oberland stationiert ist. Über Innsbruck und das Unterland verteilt sich das Stabsbataillon 6 mit seinen acht Kompanien.

Das Sanitätszentrum West ist mit seiner Feldambulanz in Innsbruck angesiedelt und soll in den nächsten Jahren ein neugebautes Militärspital

erhalten. Auch in Innsbruck stationiert ist ein Zug der 3. Kompanie der Militärpolizei mit Zuständigkeit Vorarlberg und Tirol. Elemente des Heerespersonalamtes, des Heeressports, des Heeresimmobilienzentrums und der IKT-Abteilung runden das militärische Angebot in Innsbruck ab. Im restlichen Tirol sind noch das Heereslogistikzentrum St. Johann, das Munitionsla-

ger Thaur und ein derzeit noch nicht durchgehend mit einem Hubschrauber besetzter Hubschrauberstützpunkt zu erwähnen.

Das Vorhandensein zweier großer Kommanden bei gleichzeitig äußerst dünn aufgestellter Truppe im Raum wird bei Nachbesetzung der jetzt in den Ruhestand wechselnden Generation das Personal aus den Bereichen Zug und Kompanie absaugen. Eine erfolgreiche Lösung kann daher nur in einer vorausschauenden, aber vor allem gemeinsamen Personalplanung liegen.

Aufgaben des Militärkommandos Tirol

Die wichtigste Aufgabe des Militärkommandos Tirol ist es, als Verbindungsglied zwischen den zivilen Behörden, Blaulichtorganisationen bzw. der Tiroler Bevölkerung und dem Österreichischen Bundesheer zu agieren. Die Beratung und Unterstützung von Land, Bezirken und Gemeinden in Sicherheitsfragen gehört genauso wie die Hilfe der Bevölkerung bei Naturkatastrophen, der Schutz kritischer Infrastruktur (Aufgabe der ▶



© MILKDO T/GERHARD ELLER

Die Einsatzführung im Gebirge verlangt ein hohes Maß an Expertise und Durchhaltefähigkeit und dafür ist die österreichische Gebirgs-Infanterie weltweit bekannt.



© MILKDO T/MARTIN HÖRL

Nur gemeinsam können Krisen der Zukunft zum Wohle der Bevölkerung und des Staates gemeistert werden.



© MILKDO T/ MARKUS KOPFITZ

Der Truppenübungsplatz Lizum/Walchen bietet hochalpine Übungs- und Schießmöglichkeiten und ist ein Ort der Zusammenarbeit und des Austausches mit Armeen anderer Staaten.

Miliz) und die Assistenz für Behörden zum Aufgabenportfolio des Militärkommandos Tirol. Der Aufbau und die Pflege guter Beziehungen sowie eine offene Kommunikation und partnerschaftliche Kooperation können dabei als Schlüssel für erfolgreiche, künftige Einsatzführungen gesehen werden. Gleichzeitig wird auch Verständnis für militärische Belange auf oberster Landesebene erzeugt und mit anderen (Einsatz-)Organisationen Synergiepotential erarbeitet und genutzt. Neben der Bevölkerung soll die Truppe in Tirol Hauptprofiteur sein, da dadurch die Übungstätigkeit durch Behörden nicht eingeschränkt und durch externe Ressourcen begünstigt wird.

Die Ergänzungsabteilung des Militärkommandos Tirol nimmt mit seiner für Tirol, Vorarlberg und Teile Salzburg zuständigen Stellungskommission und auch die behördlichen Aufgaben des Ergänzungswesens wahr. Die Stellung ist dabei für Stellungspflichtige oftmals der erste Kontakt mit dem Österreichischen Bundesheer. Hier wird der erste Grundstein für eine mögliche Karriere beim Bundesheer gelegt. Damit wird einer der größten Herausforderungen der Zukunft, nämlich der Personalaufbringung, erfolgreich entgegnet. Dennoch ist die Personalwerbung selbst keine Aufgabe des Militärkommandos. Mit dem Einrücken geht die Verantwortung an die Truppe über. Hier muss es gelingen, über einen interessanten, abwechslungsreichen und sinnvollen Grundwehrdienst die Soldaten und Soldatinnen für den Soldatenberuf zu begeistern.

Die Betriebsstaffeln der Stabskompanie & Dienstbetrieb in den Tiroler Kasernen nehmen territoriale Aufgaben wie Erhaltung der Liegenschaft, Versorgung der Soldaten mit Verpflegung und Bekleidung usw. wahr und ermöglichen es der Truppe somit, sich auf die Ausbildung von Grundwehrdienern zu konzentrieren. Im Gegenzug ist das Militärkommando bei Einsätzen oder Vorhaben auf das Personal der Truppe

angewiesen. So kommen im seit 2015 durchgehend laufenden sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz Migration – hilfs- und schutzbedürftiger Flüchtlinge an der Tiroler Südgrenze mittlerweile nur mehr Einheiten aus Tirol und Vorarlberg zum Einsatz. Geführt werden die Assistenzkräfte durch einen rund um die Uhr besetzten Einsatzstab im Militärkommando Tirol. In Tirol wird schon seit Jahren auf den Einsatz von Grundwehrdienern verzichtet und mit Berufs- und Milizsoldaten das Auslangen gefunden. Damit sind im Befehlsbereich 6 die Grundlagen dafür geschaffen, dass die Wehrpflichtigen eine fordernde und sinnvolle Ausbildung absolvieren und in weiterer Folge Interesse für den Soldatenberuf entwickeln können.

Eine weitere zentrale Aufgabe des Militärkommandos ist die Öffentlichkeitsarbeit im Befehlsbereich. Dabei werden über das Vereins- und Partnerschaftswesen und dem damit eng verbundenen Veranstaltungs- und Traditionswesen wichtige Schritte zur Positionierung des Bundesheeres in der Mitte der Gesellschaft gesetzt. Gleichzeitig führt der persönliche Austausch in diesem Rahmen zu einem gegenseitigen Kennenlernen, das im Rahmen von Übungen gefestigt und im Einsatzfall unabdingbar ist. Darüber hinaus obliegt es auch dem jeweiligen Militärkommando mit seinen Informa-

tionsoffizieren und durch die Teilnahme an Blaulicht- und Sicherheitstagen die Umfassende Landesverteidigung zu stärken und Botschaften der geistigen Landesverteidigung in die Bevölkerung zu tragen. Die Militärmusik Tirol macht militärische Feiern wie Angelobungen zu einem unvergesslichen Erlebnis für junge Soldaten und die Zivilbevölkerung. Mit Ihren Auftritten hält sie das Militär im kollektiven Bewusstsein am Leben und unterstützt damit die Positionierung des Bundesheeres in der Mitte der Gesellschaft. Darüber hinaus repräsentiert die Militärmusik Tirol auch die Streitkräfte und die Republik Österreich bei regelmäßigen Auftritten im Ausland, wie beispielsweise in den USA, Rumänien oder Slowenien. Mit Imagewerbung und der gesetzlichen Informationspflicht beschäftigt sich der Pressebereich der militärischen Öffentlichkeitsarbeit. Enge Beziehungen zu Pressevertretern im Land ermöglichen die Verbreitung eigener Botschaften in der Öffentlichkeit. Auch wenn in all den Belangen die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation federführend zeichnet, sind es die Soldaten und Soldatinnen und die Geschichten der Truppe, die als Grundlage für die Zielerreichung notwendig sind. Ein gemeinsames Vorgehen ist auch in diesem Bereich notwendig.



Militärische Veranstaltungen halten die Traditionen am Leben und sorgen gleichzeitig dafür, dass das Militär in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Einsätze der jüngeren Vergangenheit

Zu den größten Einsätzen, die unter der Führung des Militärkommandos Tirol stattgefunden haben, zählen zum einen der Einsatz nach dem Lawinenunglück in Galtür bzw. während der Corona-Epidemie. In Coronazeiten waren bis zu 660 Soldaten und Soldatinnen in Tirol im Einsatz. Die Aufgaben reichten dabei vom Fiebermessen und Impfen über den Transport von Sanitätsgerät, die Aufrechterhaltung der Grundversorgung mit Lebensmitteln, die Bewachung von einsatzwichtigem Gerät bis hin zur Kontrolle der Ein- und Ausreisebestimmungen. Das rasche und flexible Eingreifen des Bundesheeres hat zu einem bis heute an-

haltenden Imagebonus innerhalb der Bevölkerung geführt. Ähnlich war es auch 1999 nach Galtür. Nach dem bekannten Lawinenabgang in der Tiroler Gemeinde waren 767 Soldaten und Soldatinnen im Dauereinsatz. Bundesweit standen weitere 1.500 Soldaten als Verstärkung in Bereitschaft. Durch das Bundesheer und die ausländischen Hilfskräfte wurden 16.465 Personen aus- und 169 Tonnen Material in den abgeschnittenen Bereich eingeflogen. Einsätze nach Starkschnee, nach Lawinen-, Murenabgängen oder bei Hochwasser werden aufgrund der globalen Klimaveränderung in den kommenden Jahren wohl weiter zunehmen. Mittlerweile ist das Bundesheer als wichtige Säule in der Sicherheitsarchitektur



Nicht nur am Brenner tragen Assistenzsoldaten zur Sicherheit Österreichs bei, indem sie Aufgaben anderer Organisationen übernehmen und diese unterstützen.



Das Militärkommando Tirol verfügt über ein Drohnenelement, das unter anderem nach Naturkatastrophen zur Erkundung von Schadstellen eingesetzt wird.

der Länder verankert. Damit das auch künftig so bleibt, ist es wichtig, dass zivile Bedarfsträger und (Einsatz-)Organisationen mit dem Militärkommando einen militärischen Ansprechpartner vorfinden, der ihre Bedürfnisse kennt und die militärischen Kräfte effektiv zum Einsatz bringen kann.

Anders als bei den Katastrophenhilfseinsätzen, die kurzfristig auftreten und ein rasches Handeln erfordern, kommt es bei Unterstützungsleistungen auf genaue, vorausschauende Planung an. Der Erfolg wiederkehrender Einsätze und Unterstützungsleistungen, wie beispielsweise die Luftraumsicherungsoperation DAEDALUS, bei der neben Kräften der Luft, Luftunterstützung, Luftraumüberwachung auch Bodenkkräfte in Vorarlberg und Tirol zum Zusammenwirken gebracht und mit dem Einsatz der Schweizer Armee synchronisiert werden, zeigen, dass die Führungsfähigkeit der Militärkommandos in ihren Verantwortungsbereichen durchaus gegeben ist. Parallel auftretende Ereignisse wie das Hahnenkamm-Rennwochenende, welches ebenfalls mit militärischen Kräften unterstützt wird, oder zeitnahe Einsätze im Zusammenhang mit G7-Gipfel und Bilderbergtreffen werden unter der Verantwortung des Militärkommandos erfolgreich abgearbeitet.

Bei der Native Challenge, die zweimal jährlich in Kooperation mit dem UNESCO-Lehrstuhl der Universität Innsbruck durchgeführt wird, lernen Studierende Auslandseinsätze im Rahmen von staatlichen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen und vor allem die Zusammenarbeit mit militärischen Kräften kennen. Dabei bietet der Truppenübungsplatz Lizum/Walchen die perfekten Voraussetzungen. Die eingesetzten Soldaten und Soldatinnen haben dabei ebenfalls die Möglichkeit, Funktionen in Auslandseinsätzen zu üben, sich intensiv mit Stabsdienst zu beschäftigen und insgesamt die zivil-militärische Zusammenarbeit zu trainieren.



Von der Kooperation mit dem Friedensstudium Native Challenge profitieren Wissenschaft und Militär.

Blick in die Zukunft

Abschließend kann gesagt werden, dass mit dem Landesverteidigungsbudget und der damit verbundenen „Mission Vorwärts“ ein Aufwuchs der Armee in Richtung Bundesheer 2032+ gestartet wurde. Die Wiederherstellung der Verteidigungsbereitschaft der österreichischen Streitkräfte führt dabei zur Stärkung der militärischen Landesverteidigung, die mit Masse durch die Einsatzorganisation getragen werden muss. Gleichzeitig muss es aber gelingen, die drei anderen Bereiche der Umfassenden Landesverteidigung (zivile, wirtschaftliche und geistige Landesverteidigung) zu revitalisieren, da der Erhalt der sicheren Lebensbedingungen im Land nur gemeinsam gelingen kann. Für diese Aufgabe sind die Militärkommanden bestens ausgestattet und durch die Verflechtung im Land in einer günstigen Position.

/ Gleichzeitig versucht das Österreichische Bundesheer, nach dem Schattendasein der Vergangenheit seinen Weg in die Mitte der Gesellschaft zu finden. Das Ansehen des Bundesheeres ist zurzeit auf einem äußerst hohen

Level. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und mit der Hilfe der Partner des Bundesheeres sollen die Streitkräfte nicht nur als Teil der Gesellschaft, sondern als essentieller Bestandteil der Sicherheitsarchitektur wahrgenommen werden. Damit verbunden ist die Positionierung als attraktiver Arbeitgeber, der nicht nur abwechslungsreiche Jobs, sondern Berufe mit Sinn anbietet. Die Erreichung dieser Ziele sichert zum einen, dass das Österreichische Bundesheer genügend Kadernachwuchs generieren und damit die zugeordneten Aufgaben weiter erfüllen kann. Zum anderen erhöht sich mit der gesteigerten geistigen Landesverteidigung automatisch die Resilienz bei Krisen aller Art. Auch diese Aufgabe kann wiederum nur gemeinsam unter Führung der Militärkommanden erfüllt werden. Die Einsatzorganisation muss sowohl Geschichten als auch Soldaten und Soldatinnen als Träger der Geschichte für die Vermarktung durch die Militärkommanden bereitstellen. Ein offener Umgang mit den eigenen Fehlern wird die Positionierung des Bundesheeres als verlässlichen Partner ermöglichen. ✕



ZUM AUTOR

Brigadier Mag. (FH) Mag. Ingo Gstrein

- Ausgemustert 2001 als Pionieroffizier zum Pionierbataillon 2
- mehrere Einsätze als Pionier (Assistenz und Katastrophenhilfe)
- Auslandseinsatz im Stab einer multinationalen Brigade
- Generalstabslehrgang
- Verwendung in leitenden Funktionen an der Landesverteidigungsakademie
- Verwendung im Kabinett des Bundesministers für Landesverteidigung unter sechs Bundesministern
- seit April 2020 Militärkommandant von Tirol

Die Umfassende Landesverteidigung

Das Sicherheitskonzept der Republik Österreich

von Ministerialrat Mag. (FH) Dr. Wilfried Thanner,
Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes, MLS

Mit der neuen geopolitischen Lage, hervorgerufen durch den Angriff Russlands auf die Ukraine sowie den Krieg im Nahen Osten, rückt der Begriff der Sicherheit für die Österreicher nach einer Zeit des als ewig erachteten Friedens wieder in die Aufmerksamkeit. Die Bedrohungen stehen vor den Türen der Bevölkerung.

Zeitenwende

Die Politik hat die Notwendigkeit erkannt, dem Österreichischen Bundesheer jene finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um zu einer zeitangepassten Armee zu werden und die in der Bundesverfassung festgelegten Aufgaben für die Österreicher erfüllen zu können: nachrüsten, nicht aufrüsten. Laut einer aktuellen Trendumfrage zur Sicherheitspolitik vom Herbst 2023 unterstützen 69 % der Bevölkerung die Budgeterhöhung. Das Verteidigungsbudget ist mit ca. 16 Milliarden Euro für die nächsten vier Jahre durch das Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz abgesichert. „Damit ist es möglich, wesentliche Fortschritte in der Umsetzung bzw. Einleitung von notwendigen Maßnahmen zu erzielen“, so die Verteidigungsministerin Klaudia Tanner. Das Ressort hat in diesem Zusammenhang die „Mission Vorwärts“ und den „Aufbauplan 2032+“ gestartet. Damit soll einerseits durch eine intensive Personalwerbung die notwendige Anzahl von Bediensteten gewonnen bzw. rekrutiert werden und andererseits eine Verbesserung der Mobilität der Einsatzkräfte, eine Erhöhung des Schutzes und der Wirkung für die Soldaten sowie eine Stärkung der Autarkie erfolgen.

/ Um dies zu bewerkstelligen und die Wehrebereitschaft (aktuell sind nur 31 % der Österreicher bereit, den Staat mit der Waffe zu verteidigen) sowie die Akzeptanz des Bundesheeres in der Bevölkerung (69 % haben eine positive Einstellung) zu steigern, wird die geistige Landesverteidigung (GLV) nunmehr wieder in einem höheren Maße forciert. Doch die GLV ist nur Teil eines Gesamtkonzepts – der Umfassenden Landesverteidigung (ULV).

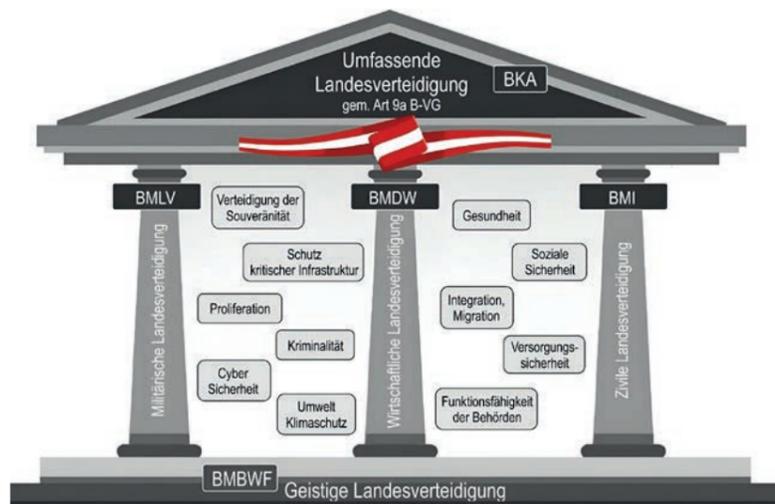
Die Umfassende Landesverteidigung – aktueller denn je

Die ULV stammt aus der Zeit des Kalten Krieges. Im Jahre 1975 wurde das Konzept als Verteidi-

gungsgrundlage der österreichischen Neutralität im Absatz 2 des Artikels 9a des Bundes-Verfassungsgesetzes beschlossen. Ziel der ULV war und ist es, die Unabhängigkeit nach außen sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität, für deren Beibehaltung laut Umfrage nach wie vor 74 % der österreichischen Bevölkerung plädieren.

/ Die ULV stellt die Summe der militärischen und vor allem zivilen Vorsorgemaßnahmen dar, um die Herausforderungen für Österreichs Sicherheit gesamtheitlich bewältigen zu können. Die traditionelle Vorstellung von Landesverteidigung hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Die Risiken für Österreich reichen weit über die Bedrohung eines konventionellen Angriffes hinaus. Die ULV stellt eine multidimensionale Strategie zur Bekämpfung von Migration, Pandemien, Versorgungsengpässen, Cyber-Attacken bis hin zu den Auswirkungen des Klimawandels dar.

/ Plakativ kann die ULV als Haus gesehen werden, in dem die vier Komponenten das Fundament bzw. die Säulen darstellen. Die Gesamtverantwortung ist dem Bundeskanzleramt zugeordnet. Die vier Komponenten sind auf einzelne Ministerien aufgeteilt. Gemäß der ursprünglichen Intention liegt die geistige Landesverteidigung (GLV), das Fundament der ULV, in der Obhut des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung; die zivile Landesverteidigung (ZLV) in jener des Bundesministeriums für Inneres, die wirtschaftliche Landesverteidigung (WLV) in der des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaft und die militärische Landesverteidigung (MLV) in der des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Durch den Wandel der Zeit und die aktuellen interdisziplinären Anforderungen bedarf es jedoch einer dynamischen Wahrnehmung der Aufgaben. Im Speziellen gilt es, die Aufgaben der WLV und der ZLV durch die Ministerien situationselastisch zu erfüllen. Eine Bewerkstelligung kann nicht mehr nur durch ein Ministerium erfolgen. Jeder Teilbereich für sich entfaltet erst im Zusammenspiel aller die volle Leistungsfähigkeit und sorgt dafür, dass das Dach aufgesetzt werden kann bzw. bleibt. ➤



Darstellung der Umfassenden Landesverteidigung

Was sind nun aber die konkreten Aufgaben der einzelnen Bereiche? Die Basis liefert die GLV. Das Unterrichtsministerium hat in seinem Wirkungsbereich zeitgerecht, gerade bei der Zielgruppe der Schüler, die sich in einer Phase ihrer gesellschaftspolitischen und beruflichen Orientierung befinden, ein Wertegrundgerüst für Staat und Demokratie zu vermitteln. Die Thematisierung von demokratiegefährdenden Erscheinungen, das Verständnis von Souveränität und Solidarität im internationalen Kontext und eine zeitgemäße Förderung von Patriotismus zur Stärkung des Selbstbehauptungswillens schaffen das Grundverständnis und die Bereitschaft des Bürgers, bei der Erhaltung der gesellschaftlichen Lebensgrundlagen mitzuwirken. Durch die GLV – welche als Mittel der Wehrpolitik betrachtet werden kann – soll die Bevölkerung für die Notwendigkeit des Gemeinwohls – das Bestreben danach ist das Ziel jedes Staatsvolkes zur Sicherung seiner Existenz – sensibilisiert werden. Erst das Verständnis der Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit liefert die ideelle Voraussetzung für die Landesverteidigung. Die Bewusstseinsbildung und die Aufklärung der Bevölkerung ist von großer Bedeutung. Eine informierte und engagierte Öffentlichkeit ist besser in der Lage, Bedrohungen zu erkennen und darauf zu reagieren. Bildungsprogramme oder öffentliche Kampagnen tragen dazu bei, das Verständnis zu schärfen und die aktive bzw. zustimmende Beteiligung der Gesellschaft zu fördern. Darüber hinaus wirkt eine erfolgreiche GLV als integrationspolitischer Faktor.

/ Der WLV kommt besonders im Krisenfall, bei internationalen Spannungen und drohender Konfliktgefahr in mittelbarer oder unmittelbarer Nachbarschaft zu Österreich, eine besondere Bedeutung zu. Durch die rechtzeitige staatliche

Beschaffung und gesicherte Bereitstellung von Gütern soll eine Verknappung dieser verhindert und die Grundstoffversorgung gesichert werden. Es gilt den Außenhandel zu erhalten, die Währung zu stabilisieren und die Energieversorgung zu garantieren. Die Sicherung von Arbeitsplätzen hält die wirtschaftliche Leistung aufrecht und trägt zur inneren Sicherheit – Verhinderung von Demonstrationen, Ausschreitungen, Plünderungen etc. – bei.

/ Die ZLV steht im Neutralitätsfall, sprich bei einer kriegerischen Auseinandersetzung in der Nachbarschaft, im Mittelpunkt. Sie dient dem Schutz der Bevölkerung und Absicherung der Funktionsfähigkeit staatlicher Einrichtungen, wie der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit. Durch Objektschutz soll die kritische Infrastruktur, bspw. Kraftwerke, Versorgungszentren oder Regierungsgebäude, geschützt werden. Zur Aufrechterhaltung von Stabilität und Ordnung ist die innere Sicherheit zu gewährleisten. In Krisen kommt der Gesundheitsvorsorge, dem Rettungswesen sowie dem Warndienst eine besondere Bedeutung zu. Im Rahmen der ZLV wird die Bevölkerung aufgefordert, Selbstschutzmaßnahmen wie Erste Hilfe, Brandschutz und vor allem private Bevorratung von Medikamenten und Lebensmittel zu treffen. Eher vernachlässigt werden aktuell noch die Bereiche Strahlenschutz und Schutzraumbauten. Gemäß dem Bundesministerium für Inneres werden in Österreich jährlich nur an die 20 bis 25 private Schutzräume errichtet. Staatliche Bunkeranlagen gibt es kaum. Selbst in den militärischen Liegenschaften werden Schutzräume größtenteils nicht mehr adäquat gewartet und als Lagerstätten verwendet.

/ Im Verteidigungsfall, wenn alle diplomatischen, informationstechnischen und wirtschaftlichen Maßnahmen sowie die Abhaltestrategie gescheitert sind und Österreich einem direk-

Wehrpolitik

umfasst alle Maßnahmen, die zur Stärkung der Wehrfähigkeit und des Wehrwillens sowie zur Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Österreichischen Bundesheeres, als Instrument der Militärischen Landesverteidigung und zum Schutz der österreichischen Bevölkerung, beitragen.

Als gesamtstaatliche Verantwortung schließt dies die ebenenübergreifende Kommunikation sicherheits- und verteidigungspolitischer Zielsetzungen mit ein.

ten Angriff ausgesetzt ist, liegt der Fokus zum Schutz der Souveränität und der Bevölkerung auf der MLV. Der Wehrwille und die Wehrbereitschaft – gebildet und gestärkt durch die GLV – sind die Basis für den Erfolg. Bestes Beispiel in jüngster Zeit ist der Verteidigungswille der ukrainischen Bevölkerung, die sich mittlerweile seit über zwei Jahren gegen den übermächtigen Gegner Russland behauptet.

/ Es gilt nochmals darauf hinzuweisen, dass die GLV für alle drei beschriebenen Fällen bereits in Friedenszeiten die nötigen ideellen Voraussetzungen zu schaffen hat und den Selbstbehauptungswillen der gesamten Bevölkerung stärken soll. Als Schnittstelle zum BMBWF fungiert im BMLV die im September 2023 aufgestellte Abteilung Zielgruppenkommunikation. Ihr obliegt neben den Aufgaben der Wehrpolitik die Planung und Steuerung des Kommunikationsbeitrages des Ressorts zur GLV. Beide Bundesministerien intensivierten in den letzten Jahren ihre Kooperation. So wurde beispielsweise ein strukturierter Dialog im Verwaltungsbereich etabliert, durch Online-Vorträge von Militärexperten auf der Plattform der Virtuellen Pädagogischen Hochschule wird Lehrkräften eine Fortbildungsmöglichkeit geboten und durch die von den Lehrenden gewünschte Ausbildung von „Informationsoffizieren extern“ sollen diese die Inhalte der GLV/ULV zielgerichteter transportieren können. Darüber hinaus stehen die über 600 Informationsoffiziere für Fachvorträge an den Bildungseinrichtungen zur Verfügung. Mit dem mittels Bundesgesetzblatt neu verlautbarten Lehrplan sind die Begriffe „Umfassende Landesverteidigung und Bundesheer“ mit Wirksamkeit des Schuljahres 2026/2027 für die 4. Klassen der Sekundarstufe 1 wieder verankert. Grundlage sämtlicher Überlegungen im Unterricht muss die gelebte Demokratie in Österreich mit ihrer verfassungsmäßig festgelegten Basis sein. Auch die Mitarbeit von zwei Offizieren in der Schulbuchkommission wirkt sich im Kontext positiv aus.

Fazit

Insgesamt ist die Umfassende Landesverteidigung ein dynamischer Prozess, der ständige Anpassungen und Investitionen erfordert. Österreich befindet sich in einem fortwährenden Wandel der Sicherheitslandschaft und muss daher flexibel und proaktiv handeln, um seine Unabhängigkeit und Sicherheit langfristig zu gewährleisten. Die kontinuierliche Bewertung und Verbesserung der Verteidigungsstrategien sind unerlässlich, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der ULV sowie die Neuausrichtung der MLV fordert auch der Landesverteidigungsbericht. Um es mit den Worten des stellvertretenden Generalstabschefs Generalleutnant Mag. Günther Hofbauer auszudrücken, muss sich das Österreichische Bundesheer auf den Krieg vorbereiten.

/ Es lässt sich festhalten, dass Österreich – sofern alle Beteiligten und Verantwortlichen ihre Hausaufgaben erfüllen – ein Konzept zur Vorbeugung bzw. Bewältigung von vielen aktuellen Krisen hätte. Die Umfassende Landesverteidigung stärkt die Resilienz Österreichs; auch im Spannungsbogen von Neutralität und Solidarität. ✗



ZUM AUTOR

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Ministerialrat

Mag. (FH) Dr. Wilfried Thanner, MLS

- geboren 1981
- 2004 Ausmusterung Theresianische Militärakademie
- bis 2012 Fliegerfernmeldebataillon und S1 Luftunterstützungsgeschwader
- 2006: Auslandseinsatz EUFOR/ALTHEA
- 2009: Abschluss Doktoratsstudium der Geschichte an der Universität Wien
- 2010: Auslandseinsatz UNDOF
- bis 2016 Zugeteilter Offizier an der Militärvertretung Brüssel
- Referent Militärkultur, Abteilung Menschenorientierte Führung und Wehrpolitik (BMLV)
- 2020: Abschluss Master of Legal Studies an der Donauuniversität Krems
- seit 2023: Referent Informationswesen, Abteilung Zielgruppenkommunikation (BMLV)
- Lehrtätigkeit an der TherMilAk und Autor diverser Fachbeiträge

Was ist ein Fehler?

Wie entsteht Fehlerkultur?

von Mag. Katharina Reich

Was ist ein Fehler

Ein Fehler ist seiner Bedeutung nach eine Abweichung eines ursprünglichen Zustands, Vorgangs oder Ergebnisses von einem bekannten Standard, den geeinigten Regeln oder einem vereinbarten Ziel. Er wird auch definiert als ein „Merkmalswert, der die vorgegebenen Forderungen nicht erfüllt“, und als „Nichterfüllung einer Anforderung“ – eine etwas umständliche Definition. Immer wird die Anforderung definiert als Erfordernis oder Erwartung, das oder die festgelegt, üblicherweise vorausgesetzt oder verpflichtend ist, jedoch nicht erreicht wurde. Kurz: Es geht um die Unrichtigkeit. Der Irrtum und das Eingeständnis sind immer Teil des nächsten Schrittes, nach dem Fehler. Heutige Politik spricht allerdings nicht mehr von Fehlern, geschweige denn, dass sie sich entschuldigen würde, vielmehr geht es um die Herausforderung. Der Haken an der Herausforderung ist, dass sie im Unterschied zum Fehler mit der folgenden Wiedergutmachung keinen Irrtum einzugestehen erfordert. Praktisch, nicht? Denn sobald ein Flüchtigkeitsfehler, Formfehler, Grundfehler, Hauptfehler, Kardinalfehler, Kunstfehler, Riesenfehler, Sekundärfehler oder ein anderer seiner Art auftaucht, braucht es einen nächsten Schritt. Ohne das Wort Fehler ist es nur die Herausforderung ohne weitere Taten – und daher wohl auch sehr beliebt in Politik und Co. Der Fehler ist somit wie folgt **definiert**:

- etwas, das falsch ist und vom Richtigen abweicht, daher als Unrichtigkeit.
- irrtümliche Entscheidung, Maßnahme, daher als Fehlgriff.

Das **Wort** „Fehler“ stammt ursprünglich aus dem Lateinischen und kommt daher bereits aus dem alten Rom. Der Begriff „Fehler“, „fehl“, „fehlen“ oder „falsch“ wurzelt im Betrug be-

ziehungsweise der Täuschung, was lateinisch fallere – als Substantiv – oder fallere – als Verb – bedeutet. Kurz: Hierbei ging es in der Antike um eine bewusste Fehlleitung durch das Vortäuschen und somit den implizierten Betrug. Wir unterscheiden hier allerdings heute ganz klar zwischen Betrug und Fehler, anders als die Römer, die Fehler und Täuschung gleichsetzten. Hermann Weimer, ein deutscher Pädagoge und Psychologe, wies 1925 schon darauf hin, dass „bei weitem nicht alles, was falsch ist, ein Fehler“ ist. Doch wie identifiziert man einen Fehler? Am 5. April 2019 wurde der US-Präsident von der deutschen Kanzlerin begrüßt, wozu die Bild-Zeitung (Quelle: Bild.de) folgendes bemerkte: „Merkel hat Obama im Kanzleramt empfangen. Man könnte das einen schweren Fehler nennen, aber Fehler geschehen ohne Absicht.“

/ Fehler lassen sich beispielsweise an ihren **Vermeidungsstrategien identifizieren**, die man erkennen kann, und zwar an der Strategie, die zum Vermeiden des Fehlers selbst führen soll. Diese ist ähnlich in ihrer Art, damit kann gearbeitet werden. Deshalb kann durch eine detektierte Kontrolle ein entstandener Fehler aufgedeckt werden. Sie kann im Hinblick auf den Kontrollumfang als Stichprobenkontrolle oder Totalkontrolle durchgeführt werden. Ist sie in einzelne Ablaufabschnitte eines Arbeitsprozesses integriert, kann sie Fehlerketten verhindern. Die Ergebnisse systematischer Kontrollen können demnach zur Fehleranalyse beitragen und in Folge zur Fehlerprävention genutzt werden. Im Controlling selbst wiederum unterscheidet man bei der Analyse von Abweichungsursachen drei Fehlerarten:

Planungsfehler: Hier wird die Umweltsituation falsch beschrieben und von falschen Parametern ausgegangen.

Die falschen Annahmen von Marktentwicklungen, falsche Annahmen über Kosten- oder Ertragsfunktionen oder Ähnliches führen somit zum Planungsfehler.

Relationsfehler: Er kann durch unbeabsichtigtes Fehlverhalten, aber auch durch beabsichtigtes – wie es die Prinzipal-Agent-Theorie besagt – entstehen. Beispiele in der Anwendung sind Auswertungsfehler durch Messfehler, Fehlbuchungen, falsche Interpretationen oder ähnlich verursachte Fehler. Selbst KIs sind mit Fehlerquoten versehen, die derzeit zwischen 1–5 % liegen.

/ Ziel beider Fehlerarten ist es, die entdeckten Fehler zu bereinigen, aber vor allem, aus Fehlern künftig zu lernen. Nun nähert sich der Text dem an, wo es hinget, dem Prozess, wie man aus einem Fehler lernen kann.

- Das Wort Herausforderung aus dem Wortschatz streichen.
- Die Vermeidungsstrategie kennen.
- Den Fehler eingestehen.

So weit so gut. Nun ist ein Weg der Identifikation bekannt, doch welche Arten von Fehlern gibt es bzw. in welche Fehlerarten lassen sich Fehler einteilen? Beim Fehler selbst gibt es vier grobe Kategorien von Fehlern:

- Abweichung** von einem optimalen Zustand, Verfahren oder dem Richtigen
- eine schadhafte Stelle, eine Stelle mit einem **Mangel**
- eine **falsche Entscheidung**, eine falsche Handlung
- eine **körperliche oder charakterliche Schwäche**

Die Abweichung kann ein Computerfehler in der Auswertung sein. Die Schadhafte haben Autos beispielsweise in ihrer Konstruktion, wie Tesla

beispielsweise, das auf Rahmen von Mercedes, die für geringere Auflasten konstruiert sind, etwas zu viel Gewicht des gesamten Autos aufbringt. Dadurch entstehen Mängel an diesem Rahmen und er muss getauscht werden. Sich für den falschen Job zu entscheiden, hat man zwei zur Auswahl, kann so ein Fehler sein, und die charakterliche Schwäche des chronischen Zuspätkommens wird im Management als grobe Unhöflichkeit und schwerer Etikettenfehler gewertet.

/ Das **Gegensatzwort** zu Fehler ist übrigens ebenfalls spannend, es ist die **Richtigkeit bzw. die Qualität**. Möchte man zur Qualität kommen, ist das Lernen aus Fehlern erforderlich. Das bedeutet allerdings immer, etwas zu riskieren, braucht **Mut** und erfordert auch schmerzvolle Entscheidungen, die in einer heutigen Kultur von Freudenfokus und Work-Life-Balance äußerst unbequem erscheinen. Jedenfalls kann nur aus dem Fehler gelernt werden, wenn er uns bewusst ist und wir aktiv an seiner Beseitigung in uns, im Prozess oder der Entscheidungsfindung arbeiten. Dazu gehören dann Begriffe wie die Adverbien fehlerbasiert, fehlerfrei, fehlerhaft, fehlerlos, fehlertolerant oder die Substantive: Fehleranalyse, Fehlerangriff, Fehleranzeige, Fehleraufdeckung, Fehlerbehebung, Fehlerbeseitigung, Fehlerdichte, Fehlerentdeckung, Fehlergespräch, Fehlergrenze, Fehleridentifikation, Fehlerkorrektur, Fehlerkosten, Fehlerlokalisierung, Fehlermeldung, Fehlernachttest, Fehlerquelle, Fehlerquote, Fehlersuche, Fehlerverhütung, Fehlerverzeichnis, Fehlerwirkung, Fehlerzustand. All diese Begriffe helfen die Position des Fehlers so genau wie möglich zu lokalisieren.

/ Doch eines liegt allen inne: Es fehlt die Person, die am Ende Verantwortung für den Fehler übernimmt. Nun ist die gegenwärtige Wirtschaft von Beschönigungen geprägt und wenige möchten daher die Fehlerverantwortlichen sein. Doch wie kann man genau in dieser Situation anderen vorangehen und Fehler eingestehen lernen? Genau dazu dient dieser **Leitfaden**.

Abweichung vom Richtigen – der Irrtum ...

Zieht man ein Beispiel heran, lässt sich dieses beispielsweise in einem Trend der Mode erkennen. Optisches Downgrading ist in unter den wohlbetuchten Menschen. So werden gerne löchrige Hosen, fleckige und ausgewaschene Shirts etc. angezogen, wohlgermerkt im Segment der Luxusmarken. Doch was ist der Grund? Denn ursprünglich wollten Reiche eher auch zeigen, was sie hatten. Was ist passiert? Sie versuchen nun gar nicht, betucht auszusehen. Auch wenn es eine Zeit gegeben haben mag, in der die Spitze des Geldadels dies durch fesche Outfits zeigte, wie im Monaco der 1970er-Jahre, so ist dies heute anders. Der Pyjama ist innenstadtauglich und der Trainingsanzug oder Sneakers gelangen so mancherorts in den Sitzungssaal, wobei dafür über dreistellige Beträge ausgegeben werden. Diese stille Art der Idee zum „neuen“ Luxus ist die Verwendung neuer Signale, die eben nur einige lesen können. Was das Resultat dieses Fehlers in der Einschätzung des Äußeren anderer vorerst ist, ist, dass Luxus nun nicht mehr so einfach ablesbar ist. Kurz: Der Trainingsanzug ist nun nicht mehr Zeichen für Armut oder der Anzug Zeichen für Reichtum. Der Trainingsanzug kann schnell zum Irrtum im ersten Eindruck führen ... ein Fehler!

/ Ein weiteres Beispiel ist fällig – nämlich der Krieg, wie jener in Israel. Moral im Krieg ist ein Fehler, denn sie ist schlichtweg falsch in dieser Situation. Jede der beiden Seiten macht sich die Finger schmutzig, denn Krieg hat nichts mit Moral zu tun. Vielmehr hat er mit Kriegsrecht und Völkerrecht zu tun. Der Einmarsch in den Gazastreifen durch Israel ist zwar für Israel völkerrechtlich legal und legitim, aber strategisch ist er hochgradig fragwürdig. Darf man sich wirklich wundern, dass man Gegenwehr bekommt, wenn man jahrelang mit Baggern Dörfer niederbricht und die Menschen obdachlos macht auf der anderen Seite? Wohl weniger, irgendwann wird dort der Hass groß genug sein und der Gegenschlag ist eine logische Folge. Die Frage ist nun, wer hat den Fehler begangen? Eine

Herausforderung? Wohl eher nicht ... eher eine Frage dessen, wie man einen Konflikt wie diesen lösen kann. Vermutlich irgendwann durch Ermüdung oder Dritte.

/ Bei Fehlern gibt es nun weitere zwei Perspektiven der Betrachtung:

- Man möchte nur das Problem sehen.
- Man ist auf das Finden von Lösungen fokussiert.

Es gibt übrigens nur diese beiden Typen von Menschen in Fehlersituationen. Der Typ im ersten Punkt möchte vor allem das Problem besprechen und betrachtet dabei die Frage nach der Schuld und wühlt zumeist in der Vergangenheit. Sie sind an Politik erinnert? Ja, diese geht gerne diesen Weg, nämlich indem sie dann auf die gegnerische Seite und deren Fehler in der Vergangenheit hinweist, um vom eigenen Fehler abzulenken. In einer Wahrnehmung ohne Fehler, einer mit nur dem Terminus Herausforderung, besteht der Umgang mit dem Fehler in erster Linie darin, Fehler unter den Tisch zu kehren.

/ In der Auseinandersetzung mit dem Fehler ist das Finden von Lösungen, wie beispielsweise in Varianten zu denken, eine konstruktive Art, um einen Schritt voranzukommen. Ein Umfeld, in dem gemeinsam eine Lösung gesucht wird, neigt übrigens dazu, besser mit Fehlern umzugehen, denn es ist klar, die Gruppe lernt aus den Fehlern und arbeitet zusammen an der Beseitigung des Fehlers. Hierbei steht nicht die Schuld im Zentrum, sondern, wie man Lernen kann, die Fehler nicht mehr zu begehen. Ein Umfeld, das diese Fähigkeit in den Vordergrund stellt, ist vor allem eines, nämlich resilient. Somit ist es die Art und Weise, wie mit Fehlern umgegangen wird, ob sie überhaupt eingestanden werden können und wenn ja, in welcher Form darauf eingegangen wird.

/ Das Militär, aber auch andere Ämter, ist strukturbedingt sehr einfach zu verstehen: Die **hierarchische Strukturierung** bietet immer wieder Möglichkeit, einerseits die Zuständigkeit jemand anderem bzw. anderen ▶

Abteilung oder auch anderen Referaten zuzuschicken. Dieses Drücken vor der Erledigung von Aufgaben führt schlussendlich zu Fehlern oder dem Verschieben von Lösungen. Was passiert dann? Es wird frustrierend, die Arbeitsmoral sinkt und der Fokus der Mitarbeiter liegt weniger im Job als mehr in der Freizeit, denn dort findet die Freude und Anerkennung statt.

/ Eine gesunde Fehlerkultur ist die Art und Weise, wie Gesellschaften, Kulturen und soziale Systeme mit Fehlern, den Risiken und Fehlerfolgen umgehen. Eine positive Fehlerkultur setzt sich aktiv und ohne Schuldzuweisung mit Fehlern auseinander und analysiert diese, um daraus zu lernen und sich weiterzuentwickeln. Es geht daher um ein Lernen aus Fehlern und der Hin-Entwicklung zu einer robusten **Widerstandsfähigkeit, der Resilienz**. Deshalb ist Fehlerkultur ein wichtiger Bestandteil der Mitarbeiterführung und der Kompetenzentwicklung. Eine offene und sanktionsfreie Fehlerkultur erkennt Fehler als Lern- und Wachstumschance an und motiviert Mitarbeiter, gemachte Fehler zuzugeben. Leider steckt hier ein Widerspruch in der Sache selbst ... Denn Fehler erfordern Konsequenzen und **nicht Sanktionsfreiheit!** Hier wird Fehlerkultur in Unternehmen und Organisationen oftmals falsch verstanden. Denn fehlen Sanktionen, führt dies ebenfalls zu einer Achtlosigkeit bei Mitarbeitern. Daher erfordert eine gesunde Fehlerkultur Konsequenzen. Das bedeutet auch, eine echte und offene Feedbackkultur zu leben, denn sie trägt dazu bei, Mitarbeiter ans Unternehmen zu binden und künftigen Fehlern vorzubeugen. Gerade HR-Verantwortliche spielen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung von Fehlerkultur, soweit es sie gibt und sie auch kompetent sind ... Sie haben ein Auge auf die Einhaltung der vereinbarten Grundsätze und stehen Mitarbeitern und Führungskräften im Idealfall beratend und unterstützend, leider jedoch kaum in der Realität, zur Seite.

/ Ein weiterer Haken bei Schwierigkeiten einer gelebter Fehlerkultur ist eine **eklatante Schwäche, Entscheidungen kompetent zu treffen**

und eine Mehrheit zu finden, die dahintersteht. Gerade in großen Organisationen entwickelt sich gerne die Tendenz „Schuldigkeiten“ bzw. Verantwortlichkeiten von sich zu schieben. Entscheidungen zu treffen, bedeutet sich verständlich zu machen, denn nur wer verstanden wird, findet andere, die die Entscheidung mittragen wollen und können. Und natürlich dann auch mögliche allfällige Fehler, die daraus resultieren können.

/ Womit man an dem Punkt der **Motivatoren** in einer gelebten Fehlerkultur angekommen ist, die sich in zwei verschiedene Bereiche unterscheiden lässt:

- Intrinsische Motivation
- Extrinsische Motivation

Intrinsische Motivation sind beispielsweise Neugierde, die kognitiv ist, es können Anreize sein, also Emotionen, die ausgelöst werden, oder Erfolgserwartungen, die eine gewisse Wahrscheinlichkeitseinschätzung in der betreffenden Person auslösen. Gibt es eine intrinsische Motivation, so ist eine Fehlerkultur nachhaltig etabliert worden. Diesen Weg geht eine Gruppe oder eine Person, wenn sie zuerst Interesse und Sehnsucht verspürt, den Fehler zu lösen, dann Freude am Wiedergutmachen fühlt, dann das dringende Bedürfnis hat, sich über die Lösung hinaus zu entwickeln, um den Fehler nicht mehr zu begehen. Am Ende dieses Prozesses steht der Stolz, ein Problem gelöst zu haben, und genau dieser Vorgang bindet Menschen aneinander. Nicht umsonst wird gesagt, Freundschaft oder auch Beziehungen werden durch die ersten gemeinsam gelösten Probleme gefestigt. Weshalb? Das Problem ist zumeist das Aufdecken eines Fehlers, und das tut weh, doch wie Menschen dann mit der Situation umgehen, sagt vieles über sie aus. Am Ende des Lösens steht die Freude und das Bedürfnis, die genommene Hürde zu feiern. Dazwischen liegen die persönlichen Aufs und Abs, die Mut und Kraft bei verschiedenen Entscheidungen erfordern.

/ **Extrinsische Motivation** kann zwei Wege gehen, nämlich den in die positive oder jenen in die negative Ver-

stärkung. Zwänge, seelische Schmerzen werden als nachteilig empfunden, wenn sie zu viele sind. Eine zu starke Einschränkung von Möglichkeiten von Einzelnen in einem Team führt meist zur Eskalation, denn Schmerzen hat niemand gerne auf Dauer. Zwänge können jedoch auch von außen auf eine Organisation wirken und diese in eine Problemerkultur mit Fehlern führen. Beispielsweise kann der Markt zum Abbau von Mitarbeitern führen und das führt zu Angst und Lähmung genauso wie Missmanagement durch Führungskräfte, die mit allen befreundet sein möchten und Angst vor dem Treffen von Entscheidungen haben. Eine andere Fehlerquelle für negative Verstärkung kann auch der Gesetzgeber sein, der Menschen so stark einschränkt, dass dieser Zwang zu Eskalation führt. In der Praxis einer gelebten Fehlerkultur zeigt sich, dass Learning by Doing, Jobrotation und ein gemeinsames Vorleben wichtige Werkzeuge sind, um Fehler in Zukunft zu vermeiden, weil man auf eigenes Erleben und eigene Erfahrungen zurückgreifen kann. Kurz: Die Sensibilisierung für die Fehlerquelle ist erhöht worden und somit konnte der Fehler an sich zuerst verstanden und dann gelöst werden, indem man aus ihm gelernt hat.

/ Möchte man extrinsische Motivation positiv leben, so geht es darum, Motivation durch Zuspruch beim Verändern von Fehlern zu geben, Lob nach der Lösung auszusprechen und Belohnungen wie Kennzahlen einzuführen, die zeigen, wie sich Teams aus einem Fehler heraus positiv entwickeln. Je mehr Mitbestimmung, Können und Dürfen angesammelt wird, umso weniger Fehler werden im selben Feld entstehen, denn die Motivation zum Lernen aus Fehlern ist sehr hoch.

/ Falsche Strategien und Entscheidungen, Falschmeldungen und Fehlinterpretationen sowie personelle Fehlbesetzungen im politisch-militärischen Kontext haben im Lauf der Geschichte immer wieder weitreichende Folgen im Militär gehabt. Im Rahmen einer Tagung des Centre for Military Studies der Uni Graz analysieren Wissenschaftler und ExpertInnen am 14. und

15. März 2013 Fallbeispiele aus Vergangenheit und Gegenwart. „Demokratie braucht sowohl die Wissenschaft als auch die Sicherheit durch das Militär. Beide gehören zur nachhaltigen Infrastruktur einer Gesellschaft“, betonte der damalige Dekan der Uni Graz Wolf Rauch. Eine der Fehlentscheidungen im Militär, nämlich jenes der zu niedrigen Verteidigungsausgaben, wurde nicht zuletzt angesichts des Ukrainekrieges korrigiert. Die Budgets wurden bereits seit 2019 laufend angehoben, wodurch ein Aufbauplan für das Österreichische Bundesheer entsteht, um in Anbetracht des Krieges mit Russland in naher Zukunft ein verteidigungsfähiges Militär zu erhalten.

/ Zu guter Letzt ist es wichtig, die Arten der Fehlerkulturen zu betrachten. Baute eine Firmenkultur auf Desinteresse an Fehlerkultur auf, ist meist eine Führungskraft ohne Führungsqualität mit im Spiel, die eine starke Tendenz zur Harmonie hat. Führsorge wird hier zwar groß geschrieben, aber das Lernen aus Fehlern fällt ungemein schwer. Meist überwiegen hier auch Bürokratie und Hierarchien, wie im Militär beispielsweise.

/ Von **repressiver Fehlerkultur** wird gesprochen, wenn autokratisch entschieden und sehr effizienzorientiert geführt wird. Die Produktivität ist so im Zentrum, das die menschliche Fähigkeit zum Lernen aus Fehlern auf der Strecke bleibt.

/ Von einer **positiv-produktiven Fehlerkultur** wird gesprochen, wenn der Führungsstil sinnbasiert ist, wenn Fairness Orientierung bietet und Partnerschaftlichkeit in der Führung relevant ist. Auch charismatische Führung fällt in diesen Bereich hinein.

/ Wie funktionieren nun die Stufen heraus aus den Fehlern hinein in ein Lernen aus Fehlern? Dazu gibt es das **7-Stufenmodell nach Richard Barrett**. Die **niedrigste Stufe** ist jene des Überlebens, in der es um das physische Überleben und die Sicherheit eines jeden Individuums geht. Darin befinden sich die Bereiche Gesundheit, Ernährung, finanzielle Stabilität und die Selbstverteidigung. Ordnet man Emotionen und Handlungen zu, so gehören Gier, Gewalt, Korruption

und Revierverhalten hier hinein. Die **Stufe 2** ist die der Beziehung. Kollegen und Mitmenschen anerkennen und wertschätzen ist hier wichtig, was Loyalität, offene Kommunikation, auch Freundschaft und im Arbeitskontext Kundenzufriedenheit erfordert. Schwierige Teile dieser Stufe können Manipulation und Schuldzuweisungen sein, denen man am besten mit offenen Gesprächen begegnet. Die **Stufe 3** ist das Selbstwertgefühl, das auf Leistungsstärke baut. Hierhin gehören effiziente Systeme und Prozesse in der Arbeit, die Qualität sowie Best Practice als Vorbilder. Nachteilig können hier die Bürokratie und Selbstgefälligkeit sein. Ab der **Stufe 4**, die in der Mitte des Fehlerwandlungsprozesses liegt, beginnt die Transformation. Kontinuierliches Lernen setzt ein und eine stetige Verbesserung passiert. Die Verantwortlichkeit, das Anpassungsvermögen, die Ermächtigung im Team nimmt zu und Zielorientierung steigt an. Auf **Stufe 5**, die den inneren Zusammenhalt markiert, beginnt der Aufbau der Mitarbeitergemeinschaft. Es entstehen gemeinsame Werte und Visionen, Einsatzbereitschaft und Integrität steigen an, das Vertrauen und die Offenheit nehmen zu genauso wie die Transparenz von Prozessen. **Stufe 6** beginnt einen Unterschied in der Kultur zu machen, denn es entstehen strategische Allianzen und Partnerschaften. Ein Umweltbewusstsein setzt ein, für sich und das Umfeld beginnt das Engagement zu wachsen, die Erfüllung der Mitarbeiter steigt, Coaching und Mentoring sind in dieser Stufe sehr sinnvoll, da ein Aufbruch passiert. Die letzte und **höchste Stufe** ist die siebente. Hier ist der Dienst an der Menschheit und zum Allgemeinwohl angesiedelt. Soziale Verantwortung ist hier wichtig, das Denken an zukünftige Generationen fällt ebenso hier hinein wie die Orientierung an Ethik, das Empfinden von Mitgefühl und Demut sowie Dankbarkeit für Erreichtes.

/ Ein Sprichwort im Englischen besagt: **„Fail your way to success.“** Die meisten vergessen gerne, wie oft erfolgreiche Menschen im Stillen gescheitert sind und wie viele Fehler sie

begangen haben, um schlussendlich zum Erfolg zu gelangen.

/ Bereits Sunzi schreibt von Fehlern in seinem berühmten Buch „Die Kunst des Krieges“: „Es gibt fünf gefährliche Fehler, die jeder General begehen kann. Die beiden ersten sind: Unbekümmertheit, da sie zur Vernichtung führt; und Feigheit, da sie zur Gefangennahme führt. [...] Der nächste ist ein empfindliches Ehrgefühl, das für Scham empfänglich ist; und ein ungezügelt Temperament, das durch Beleidigungen provoziert werden kann. [...] Der letzte dieser Fehler ist übergroße Sorge um das Wohl der Männer, die den General anfällig macht für Kummer und Schwierigkeiten, denn am Ende leiden die Truppen mehr unter der Niederlage oder bestenfalls der Verlängerung des Krieges, welche die Folge sein werden.“

/ Zum Abschluss muss daher klar sein: Ein Fehler, aus dem man nichts lernt, ist der größte, denn dann ist es in Stein gemeißelt, dass man ihn erneut begeht. Lernen aus Fehlern erfordert Mut, Kraft, Disziplin und Durchhaltevermögen. Wer diese Fähigkeiten stärkt, wird seine Möglichkeiten, Fehlern mit Resilienz zu begegnen, steigern. ✖



ZUM AUTOR

Mag. Katharina Reich lebt und arbeitet in Wien als Publizistin. Unter anderem schreibt sie zu den Themen Technologie, Komplexität, Philosophie und Kultur. Ihr letzter Artikel erschien im Dezember 2022 zum Thema der Neutralität im „The Defence Horizon Journal – Special Edition“. Eine rundum authentische Betrachtung unterschiedlicher Blickwinkel ist ihre publizistische Spezialität sowie das Aufdecken von komplexen Zusammenhängen. Sie ermöglicht gegenwartsbezogene Zukunftsaussichten mit technischer Innovation.

Eine Studie der Universität Innsbruck zeigt die enormen Defizite in Bezug auf Wehrwillen und Solidarität der Bevölkerung auf

Das der Wehrwille in Österreich bescheiden ausgeprägt ist, wissen wir aus Studien des Verteidigungsministeriums. Nun liegt eine Studie der Universität Innsbruck vor, die untersucht hat, welche Einstellungen Österreicherinnen und Österreicher zur Außen- und Sicherheitspolitik ihres Landes haben, was sie über die Nationen wissen, woher sie ihr außenpolitisches Wissen beziehen, welche Parteien sie als kompetent in der Außenpolitik ansehen, welchen Stellenwert die Neutralität für sie hat und inwiefern sie bereit wären, einen Beitrag zur militärischen Landesverteidigung zu leisten. Die Studien

kann unter <https://www.uibk.ac.at/de/politikwissenschaft/kommunikation/news/news-2024/2024-03-22-afp3/> eingesehen werden. Diese Studie ergibt einen besonders niedrigen Wert, was den Wehrwillen und die Solidarität betrifft: Nur 14,2 Prozent der Österreicher wären demnach bereit, ihr Land mit der Waffe zu verteidigen. Eine andere Frage, welche diese Studie beantwortet, macht eigentlich fassungslos. Auf die Frage „Wenn Österreich militärisch angegriffen wird, sollten andere Mitgliedsstaaten der EU Österreich militärisch unterstützen?“ antworteten 72,3 Prozent mit Ja. Die Frage „Sollte Österreich im Falle eines bewaffneten

Angriffs auf einen anderen EU-Staat diesem mit bewaffneten Truppen zu Hilfe kommen?“ wird hingegen nur von bescheidenen 13,6 Prozent bejaht. Betrachtet man die Gesamtsituation in Europa, so kann man aus den Ergebnissen der Studie durchaus Schlüsse auf andere Staaten ziehen. Möglicherweise ist in anderen Staaten der Wille, Österreich im Anfall zu Hilfe zu eilen, ähnlich hoch ausgeprägt wie in Österreich der Wille, den anderen Staaten zu helfen. Nicht nur die Entscheidungsträger auf EU-Ebene in Brüssel, sondern auch die politischen Verantwortlichen in Wien müssen sich die Frage stellen, was hier schief läuft! ✕

Von den Krisen in der Welt profitieren am meisten die Rüstungskonzerne

Die globalen Militärausgaben stiegen 2023 laut einem vom Friedensforschungsinstitut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) veröffentlichten Bericht auf 2 443 Milliarden US-Dollar: Dies ist ein neuer Rekordwert. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen damit die Ausgaben um 6,8 Prozent, was der stärkste Anstieg innerhalb eines Jahres seit 2009 sei, erklärten die Fachleute. Laut dem Bericht bleiben die USA mit einer Summe in Höhe von 916 Milliarden US-Dollar mit weitem Abstand das Land mit den größten Militärausgaben. Auf Platz zwei steht China (schätzungsweise 296 Milliarden US-Dollar), gefolgt von Russland (schätzungsweise 109 Milliarden US-Dollar). Danach folgen mit einem Respektabstand Indien, Saudi-Arabien, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Südkorea, Japan, die Ukraine, Italien, Polen und Australien (alle noch über 30 Mrd. bis 83 Mrd.). Dagegen machen sich die 3,7 Mrd. US-Dollar, welches Österreich für sein Militär ausgibt, richtig lächerlich wenig aus. Mehr als die Hälfte der weltweiten Militärausgaben entfielen laut der Analyse 2023 auf die NATO-Staaten. Die Mitgliedsstaaten des westlichen Verteidigungsbündnisses gaben vergangenes Jahr demnach zusammen 1 341 Milliarden US-Dollar für das Militär aus.

/ Von den Militärausgaben werden erfahrungsgemäß 20 bis 30 Prozent für den Ankauf von neun Rüstungsgütern aufgewendet. Damit ist die Rüstungsindustrie, vor allem jene in den USA, der VR China und den großen Anbietern in Westeuropa (Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien) zum großen Krisengewinner geworden. (red_Der_Offizier) ✕

Mit Sicherheit bestens beraten.



Stephan Paul

☎ 050 350 - 21567
☎ 050 350 90 - 21567
✉ s.paul@wienerstaedtische.at
📍 Am Spitz 10, 1210 Wien
(Eingang Schwaigergasse)

Bundesheerbetreuung für SoldatInnen und ihre Familien.

Team Bundesheer, Versicherungs-spezialistInnen für Auslandseinsätze

#einesorgeweniger

Ihre Sorgen möchten wir haben.



Was steckt hinter der sinngemäß wiedergegebenen Trump-Aussage:

Wenn ein NATO-Mitglied die Verteidigungsausgaben nicht zahle, würde es nicht von alle beschützt werden.

Der Republikaner Trump – er war der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika von 2017 bis 2021 – hat bei einer Wahlkampfveranstaltung im US-Bundesstaat South Carolina im Februar 2024 Folgendes gesagt: Der Präsident eines großen Landes habe ihn einmal gefragt, ob die USA das Land auch vor Russland beschützen würden, wenn es die Verteidigungsausgaben nicht zahle. Er habe geantwortet: „Nein, ich würde euch nicht beschützen.“ Vielmehr ergänzte er: Er würde Russland „sogar dazu ermutigen, zu tun, was auch immer zur Hölle sie wollen“. Es war dabei unklar, ob es jemals so ein Gespräch zwischen Trump und einem Staatschef gegeben hat, denn der Republikaner sagte auch: „Nehmen wir an, das ist passiert.“ Mit seiner Äußerung, im Falle einer Wiederwahl säumige NATO-Partner nicht zu schützen, hat Trump für Empörung gesorgt. Er verteidigte sich nun: Er habe die NATO stark gemacht.

Einige Fakten zur North Atlantic Treaty Organization (NATO)

Die NATO wurde 1949 gegründet und ist mittlerweile zu einem Verteidigungsbündnis von 31 europäischen und nordamerikanischen Mitgliedstaaten angewachsen. Es dient in erster Linie dem gemeinsamen Schutz der eigenen Territorien und verfolgt darüber hinaus das Ziel weltweiter politischer Sicherheit und Stabilität.

/ Der gemeinsame Schutz der Mitglieder ist im Artikel 5 des NATO-Vertrages festgeschrieben. Dieser lautet: „Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder

mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.“

Lastenteilung in der NATO

Zur Erreichung einer Lastenteilung (burden sharing) innerhalb der Allianz wurde festgelegt, dass die Mitgliedsstaaten rund zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für ihre Streitkräfte aufwenden sollten. In der Realität wurde diese Messlatte von vielen Mitgliedsstaaten nie erreicht und viele der NATO-Mitglieder wurden zu Trittbrettfahrern. Auch 2024 sieht das Bild nicht gerade günstig aus, denn von den 31 Mitgliedern erfüllen gerade mal elf Mitglieder diesen Zielwert, im Wesentlichen sind dies Staaten, welche eine Grenze zu Russland haben oder sich sehr nahe zu Russland befinden (siehe hierzu die Grafik und die Tabelle).

/ Es ist daher nur zu verständlich, dass Trump dagegen ankämpft und klare Worte findet. Bekanntlich wird nicht so heiß gegessen wie gekocht, daher ist die Kampfrhetorik eher zum Auf- ➔

	VA 2023 in % des BIP	VA in Mrd. US-Dollar 2023	Prozentmäßiger Anteil der Personalausgaben an den VA 2023
Albanien	1,76	3,71	39,5
Belgien	1,19	7,2	50
Bulgarien	1,97	1,48	52,6
Dänemark	1,03	4,4	35,5
Deutschland	1,48	64,8	36,6
Estland	2,88	1,1	22,9
Finnland	2,31	5,5	19,5
Frankreich	2,07	54,5	40,1
Griechenland	2,87	6,2	54
Großbritannien	2,02	62,5	30,6
Island (keine Streitkräfte)			
Italien	1,41	28,1	60,7
Kanada	0,92	28,9	39,2
Kroatien	1,6	1	56,7
Lettland	2,09	0,895	37
Litauen	2,39	1,7	35,7
Luxemburg	0,72	0,6	24
Montenegro	1,87	0,131	44,3
Niederlande	1,16	14,4	37,1
Nordmazedonien	1,87	0,294	39,1
Norwegen	1,21	7,3	34
Polen	2,91	21,4	26,7
Portugal	1,02	2,3	53,8
Rumänien	2,06	6,7	41
Beitrittskandidat: Schweden	1,47	8,7	k.A.
Slowakei	1,76	2	37,5
Slowenien	1,45	0,9	47,3
Spanien	1,48	19,1	57,2
Tschechien	1,64	4,6	40,5
Türkei	1,13	11,8	50,2
Ungarn	2,22	3,9	22,9
USA	3,49	860	27,8
Österreich	0,73	3,2	45,4
Schweiz	0,92	7,50	k.A.
Russland	3,47	77	k.A.

QUELLE: NATO-Homepage, Janes Group und IIS; in rot hervorgehoben jene Staaten welche über zwei Prozent des BIP aufwenden
ABKÜRZUNGEN: VA (Verteidigungsausgaben), BIP (Bruttoinlandsprodukt); Mrd. (Milliarden)
ANMERKUNG: Der Anteil der Personalausgaben des Verteidigungsbudgets von Österreich wurde den Analysen des Budgetdienstes des Parlaments entnommen. Dieser Anteil ist jedoch etwas höher, das die Besoldung der Rekruten aus dem Betriebsaufwand erfolgt.

rütteln gedacht, denn auch der Spielraum der USA, ihre Verteidigungsausgaben übermäßig anheben zu können, ist enden wollend, da man es in den USA absolut nicht einsieht, dass die europäischen Mitglieder ein weit besseres Kranken- und Sozialsystem haben als die USA, welches zu Lasten der Ausgaben für die Verteidigung geht. Mit der Höhe des Verteidigungsbudgets in Prozent des BIP hängt auch die Aufteilungsmöglichkeit des Budgets auf die Hauptausgabengruppen Personalausgaben für das Aktiv- und Reservekader und der Pensionisten, die Investitionen in Waffen, Gerät und Infrastruktur und der Betrieb der Streitkräfte zusammen. Beispielsweise wird ein niedriges Verteidigungsbudget in absoluten Zahlen bei zusätzlich hohen Löhnen und Pensionen zu niedrigen Prozentsätzen für Investitionen und Betrieb führen. Auch hier gibt es innerhalb der Mitgliedsstaaten der

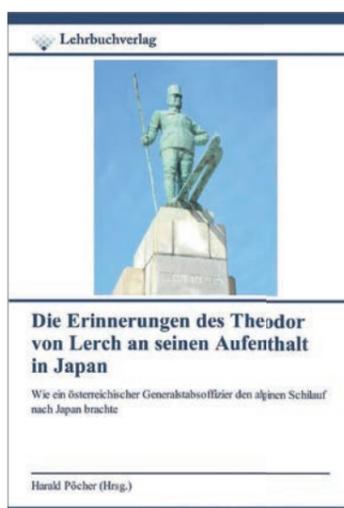
NATO große Unterschiede. Personalausgaben unter 30 Prozent wäre ein guter Zielwert, meinen die Planer in der NATO. Damit stünden für Betrieb und Investitionen fast 70 Prozent zur Verfügung – Bei den rasch steigenden Kosten für den Betrieb und die exorbitant steigenden Preise von Rüstungsgütern ein unbedingtes Muss.

Der Ausweg aus der Misere

Es gibt im Wesentlichen nur zwei Ansätze, um die europäischen NATO-Mitglieder zu größeren Verteidigungsanstrengungen zu ermutigen, denn es gibt wie so oft in solchen Zweckgemeinschaften keinen harten Sanktionsmechanismus zur Durchsetzung von „Vereinszielen“, etwa die zwei Prozent des BIP für Verteidigung vorzusehen. Trumps Worte könnten allerdings Taten folgen und die USA ziehen Truppen und Atomwaffen aus Europa ab und schaffen damit ein so genann-

tes „Fait accompli“, damit die Europäer aufwachen.

Eine andere Herangehensweise wäre eine europäische Lösung zur Verbesserung des Zustandes. Allen Staaten, welche weiter entfernt von der Bedrohung liegen, sollten dazu motiviert werden, von sich aus wesentlich mehr für die Verteidigung möglicher Frontstaaten zu unternehmen, beispielsweise durch den Ankauf von Rüstungsgütern, welche sich mögliche Frontstaaten nicht leisten können, und die Zurverfügungstellung dieser Rüstungsgüter ohne direkte Gegenleistungen, außer dass mit den zusätzlichen Rüstungsgütern ein höherer Abschreckungseffekt erzielt werden kann. Des Weiteren wäre eine atomare Bewaffnung von mehreren Staaten in Europa neben Frankreich und Großbritannien ein Gewinn für die Durchsetzungsmöglichkeiten europäischer Interessen am internationalen Parkett. (hapoe) ✕



Harald Pöcher

Die Erinnerungen des Theodor von Lerch an seinen Aufenthalt in Japan

Wie ein österreichischer Generalstabsoffizier den alpinen Schilaf nach Japan brachte

Der k. u. k. Generalstabsoffizier Theodor von Lerch zählt in Japan wie Mozart zu den bekanntesten Österreichern. Dies kommt nicht von ungefähr, da er 1911 in Japan während seiner Studienreise den alpinen Schilaf eingeführt und damit dort eine Art Kultstatus erhalten hat. Lerch verfasste ein Tagebuch über seinen Aufenthalt in Japan, welches als Zeitdokument einzigartig dasteht und vor allem für Studierende der Japanologie, aber auch für an Japan Interessierte ein tolles Bild von Japan der Jahre 1910 bis 1912 zeichnet. Neben der Wiedergabe der Erinnerungen dient das Buch auch der Darstellung der Leistungen von Theodor von Lerch während seiner Militärdienstzeit und der Zeit nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst bis zu seinem Tode am 24. Dezember 1945. Das Buch wurde mittlerweile ins Englische, Französische, Italienische, Spanische, Portugiesische und Russische übersetzt.



MISSION VORWÄRTS:
WELTWEIT
OPERIEREN.

WERDE TEIL DER
ABWEHRKRÄFTE.



EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH
KARRIERE.BUNDESHEER.AT



UNSER HEER



**Das sicherheitspolitische
Gewissen der Republik
Österreich**